

Der Freisinn

FDP

Nr. 10
Oktober 1986
8. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Negativszenarien um neue Technologie

Zu viel Schwarzmalerei

Der Sachverhalt ist nicht neu, er lässt sich vielmehr gar historisch belegen: Technologische Neuerungen stossen vorerst meist auf eine recht verbreitete Skepsis in der Bevölkerung, es treten diffuse Ängste vor dem Unbekannten zutage.

Diese Verhaltensweise an sich ist im Grunde genommen verständlich und als solche wohl auch nicht allzu tragisch. Durch den enorm gewachsenen Einfluss der Massenmedien ist in den vergangenen Jahrzehnten nun aber eine neue Dimension hinzugekommen: Durch die Verbreitung entsprechend ausgewählter und eingefärbter Informationen durch die Medien wird es möglich, diese Skepsis noch zu schüren und die Ängste so zu übersteigern.

Einseitig negativ

Ein derartiger Prozess kann momentan in bezug auf die Einführung vor allem der neuen Informationstechnologien beobachtet werden. Verschiedene Massenmedien, die für die öffentliche Meinungsbildung von grosser Bedeutung sind, überbieten sich teilweise gegenseitig im Entwurf von Negativszenarien: In den dunkelsten Farben wird vom Computer als Job-Killer mit der Folge von Massenarbeitslosigkeit gesprochen (eine bis heute gesamtwirtschaftlich nicht belegte These!), mittels der Informationstechnologien werde der Mensch gleichsam gläsern und so vollständig überwachbar. Die Liste der düsteren Prophezeiungen liesse sich ohne Mühe verlängern. Das negative Bild wird in der Regel in einer Art und Weise dargestellt, als sei dies die einzig mögliche Entwick-

lungsrichtung; kein Wort davon, dass es sich dabei lediglich um ein Szenario unter mehreren andern, auch positiven, handelt.

Diese rein defensive Haltung gegenüber den neuen Technologien ist auf sehr unterschiedlich geartete Ursachen zurückzuführen: Zum einen ist eine Reihe von – teils berechtigten und teils unberechtigten – Ängsten zu nennen; angefangen etwa beim schon genannten diffusen, kaum spezifizierten Unbehagen gegenüber dem Neuen über die Angst vor einer vollkommenen Kontrolle des Individuums bis hin zur Angst vor einer Verschiebung der Macht- und Einflusststrukturen zum eigenen Nachteil. Zum andern geht diese grundsätzlich negative Einstellung auf einen fundamentalen Irrtum ihrer Verfechter zurück. Die neuen Technologien werden primär aufgrund der heutigen Produktions- und Produktstrukturen beurteilt. In dieser Optik treten zwangsläufig die reinen Rationalisierungseffekte in den Vordergrund, die für sich alleine genommen beschäftigungspolitisch durchaus negative Konsequenzen zeitigen können. Weitgehend ausser acht gelassen wird hingegen das enorme Innovationspotential, das den neuen Technologien innewohnt und das letztlich stärker zu gewichten ist. Das heisst nichts anderes, als dass eben neue Produktionsweisen, neue Produkte sowie Dienstlei-

stungen, mithin also neue Märkte entstehen. Dadurch werden Arbeitsplätze wie auch Einkommen geschaffen. Der sich anbahnenden technologischen Revolution kann nur gerecht werden, wer bereit ist, sich von althergebrachten Schemen zu lösen und zu Neuem, bis anhin vermeintlich Undenkbarem vorzustossen.

Die Schwarzmalerei bleibt, auch wenn die entsprechenden Prognosen nicht eintreten, nicht ohne negative Konsequenzen. Die sogenannte Akzeptanz in der Bevölkerung für neue Technologien wird stark vermindert. Dadurch wird ihre Einführung erheblich erschwert; es sind erhöhte Widerstände zu überwinden, was zu unnötigen Reibungsverlusten führt. Insbesondere auch im internationalen Kontext kann davon ausgegangen werden, dass sich die neuen Technologien früher oder später trotzdem durchsetzen werden. Bei geringer Akzeptanz in der Bevölkerung dürfte eine entsprechend verzögerte Einführung im Endeffekt schliesslich gerade zu jenen negativen Konsequenzen führen, vor welchen die Schwarzmalerei selber heute warnen!

Ein Gegengewicht

Angesichts dieser weit verbreiteten Einseitigkeit sollten vermehrt auch Gegengewichte gesetzt werden: Es existieren verschiedene positive Szenarien, welche zumindest gleich wahrscheinlich sind wie die negativen. Kernpunkte dieser Szenarien liegen etwa in der Erkenntnis begründet, dass der Computer längerfristig ohne Zweifel fähig sein wird, dem Menschen die monotone Arbeit weitgehend abzunehmen. Dadurch wird menschliche Kapazität für kreative Fähigkeiten frei, es entstehen neue, höher qualifizierte Arbeitsplätze. Zudem dürfte der Mensch generell zeit-

Fortsetzung auf Seite 2

Gedanken zur «Stadt-Land»-Initiative

Über das Ziel hinaus

Die «Stadt-Land»-Initiative, die in der eben zu Ende gegangenen Herbstsession vom Nationalrat deutlich abgelehnt wurde, hat staatspolitische, eigentumspolitische, volkswirtschaftliche und landwirtschaftliche Seiten. Sie ist nach Ansicht von FDP-Nationalrat Prof. Hans Künzi, Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zürich, unter all diesen Aspekten problematisch.

Niemand wird zwar behaupten, dass unsere Eigentumsstrukturen sich in jeder Beziehung nach Wunsch entwickeln. Die «Stadt-Land»-Initiative preist zur Behebung der Mängel aber Mittel an, die in ihrer Grobschlächtigkeit nicht das Ende der Krankheit, sondern den Tod des Patienten erreichen.

Desorganisation der wirtschaftlichen Grundstrukturen

Einer der wesentlichsten Gehalte des Eigentums ist die souveräne Sachherrschaft, die nur so weit eingeschränkt ist, als es zum Schutze anderer Personen und im öffentlichen Interesse unbedingt notwendig ist. Diese Sachherr-

unternehmerischer Entscheidungen ungeeignet. Die Folge wäre eine Lähmung unserer Wirtschaft, und zwar würden gerade die erneuerungswilligen Betriebe, die volkswirtschaftlich besonders wichtig sind, betroffen.

Es kommt übrigens noch dazu, dass sich Kleinbetriebe, die nicht über juristische Stäbe verfügen, mit einer solchen Bewilligungspflicht besonders schwer täten – womit wiederum ein Teil unserer Wirtschaft getroffen wird, dem der Staat die Existenz nicht erschweren, sondern erleichtern sollte.

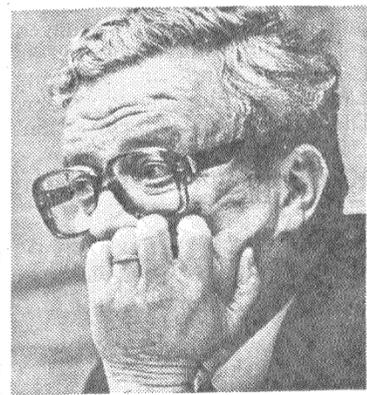
Behinderte Gewerbe- und Industriebetriebe

Gemäss Initiative kann ein Gewerbebetrieb oder Industrieunternehmen auch in der Bauzone kein Land kaufen, sofern dieses Land nicht bereits erschlossen ist. Gewerbebetriebe ausserhalb der Bauzone oder in Bauzonen, die erst kürzlich beschlossen sind und deshalb noch nicht erschlossen sind, würden damit ihre Entwicklungschancen überhaupt verlieren, oder es müssten Erschliessungen vorgenommen werden, auch wenn die bauliche Erweiterung eines Betriebes noch gar nicht spruchreif ist. Derartige Investitionen «auf Vorrat» sind weder für den einzelnen Betrieb noch für die Volkswirtschaft verantwortbar.

Zweifelhafter Entschädigungsanspruch

Die Initiative gibt bei Enteignungen nur noch einen Entschädigungsanspruch, soweit eine be-

Fortsetzung auf Seite 5



schaft ist die Schiene, auf der die wirtschaftliche Entwicklung verläuft.

Die «Stadt-Land»-Initiative will die Souveränität des Grundeigentums durch ein Nutzungseigentum ablösen. Damit desorganisiert sie die wirtschaftlichen Grundstrukturen unseres Landes. Im Interesse unserer Arbeitnehmer und unseres Wohlstandes dürfen wir dies nicht zulassen. – Vorab aus vier Gründen verdient die Initiative keine Zustimmung.

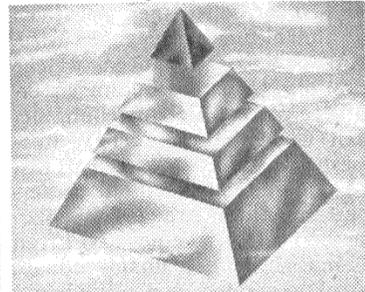
Sollen Amtsstellen entscheiden?

Die Initiative verlangt, dass jedes Unternehmen, welches Land kauft, den Eigengebrauch nachweisen muss. Das Unternehmen kann damit nicht mehr selbständig über eine künftige Verlegung oder Erweiterung seines Standortes entscheiden. Bei seiner Standortplanung braucht es vielmehr den staatlichen Segen. Damit wird ein empfindlicher Bereich der Betriebs- und Unternehmensplanung beeinträchtigt: Amtsstellen sind zur Beurteilung solcher



Angeregte Unterhaltung zwischen Bundesrätin Elisabeth Kopp und alt Bundesrat Georges-André Chevallaz sowie dessen Nachfolger, Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz (links). (Photo ruti)

SKA Anlage-Service plus.



Wir leisten mehr, damit Sie an der Spitze sind.



SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA

Noch ungeklärte Finanzierungsmodalitäten

«Bahn 2000»: Freisinniges Ja, aber...

Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung unterstützt das Konzept «Bahn 2000» und damit das Bahnleitbild der Zukunft. Bedenken hat sie jedoch zum Finanzierungskonzept. Die Haltung der freisinnigen Fraktion erläutert Nationalrat Dr. Paul Wyss (Basel):

Die freisinnige Fraktion sagt Ja zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Verkehrs und damit auch ja für ein attraktives Angebot im Personen- und Güterverkehr, verbunden mit baulichen Streckenverbesserungen, Verbesserungen des Wagenmaterials, Verbesserungen der Fahrzeiten usw.

Nebeneinander, nicht gegeneinander

Mit dem klaren Ja für eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs möchte die freisinnige Fraktion die Bedeutung der übrigen Verkehrsträger nicht herab-



mindern. Ich betone dies, weil von verschiedensten Seiten gegenseitige Vorwürfe zu hören waren, die nicht ins Bild unserer Verkehrspolitik passen. Wir brauchen den individuellen Verkehr, wir brauchen den Schwerverkehr, wir brauchen die Bahnen. Jeder Verkehrsträger hat seine Existenzberechtigung, und jeder Verkehrsträger braucht Grundinvestitionen, die ständig erneuerungsbedürftig sind.

Die FDP-Fraktion hat Ja gesagt zur Beendigung des vorgese-

Fortsetzung von Seite 1

lich entlastet werden. Freilich sind auch bei den positiven Szenarien die verschiedensten Varianten denkbar.

Die neuen Technologien bergen also nicht nur Risiken in sich, sie stellen auch eine grosse Chance für die Zukunft dar. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass uns der intensive internationale Konkurrenzkampf letztlich keine Wahl lässt: Die Anwendung neuer Technologien wird zur Notwendigkeit. Je länger deren Einführung aber verzögert wird, desto grösser wird der teilweise schon heute bestehende Rückstand unseres Landes. Dieser kann wohl nur dann in einem erträglichen Rahmen gehalten werden, wenn von einer positiven und nicht von einer negativen Grundhaltung ausgegangen wird. Angesichts der Chancen, welche uns die neuen Technologien eröffnen, ist als Zielvorstellung neben der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft insbesondere eine qualitative Verbesserung der Arbeitswelt anzustreben. Unter einer positiven Prämisse ist der unabwendbare Strukturwandel von Wirtschaft und Gesellschaft besser zu meistern. Verstehen wir es nicht, dieses Potential rechtzeitig zu nutzen, so bedeutet dies nichts anderes als eine Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz schlechthin – und zwar sowohl auf der Ebene des einzelnen Betriebes als auch auf jener der Gesamtwirtschaft.

henen Nationalstrassenbaus, und sie sagt deshalb auch Ja zu einer nötigen Verbesserung von veralteten Bahnstrukturen, insbesondere auch, um international konkurrenzfähig zu sein. Wieweit der Umsteigeeffekt vom Individualverkehr zum öffentlichen Verkehr in Zukunft aussehen wird, ist schwierig vorauszusagen. Sicher müssen Vorleistungen erbracht werden. Sicher ist aber auch, dass der Kosten-Nutzen-Effekt auch noch von weiteren Komponenten abhängig ist. Beispielsweise vom jeweiligen Benzinpreis, von der Tarifgestaltung generell, aber auch von der Umweltbelastung usw.

Warum «Süd plus»?

Zu der Variantenwahl nur soviel: Eine grosse Mehrheit unserer Fraktion hat sich nach eingehender Diskussion im umstrittenen Abschnitt Olten-Mattstetten zur Variante «Süd plus» bekannt. Die im letzten Moment noch eingebrachten Varianten «Süd Süd» und «Nord Nord» fanden keine Gnade. Die Variante «Süd Süd» kommt unserer Ansicht nach, wegen ihrer Unzulänglichkeiten für die Bahnkunden, ihrer sehr langen Tunnelstrecken sowie ihrer enormen Kosten, nicht in Frage. Die «Nord Nord»-Variante vernachlässigt eindeutig die angestrebten Verbindungsverbesserungen von Basel nach Luzern sowie nach Zürich.

Für den Fraktionsentscheid, die Variante «Süd plus» zu bevorzugen, war zweifellos ausschlaggebend, dass dadurch die Jurafusslinie die von den welschen und von den Jurakantonen verlangte Aufwertung erfuhr. Zudem unterstützt die Fraktion den Willen der vorberatenden Kommission, dass weitere Verbesserungen in Richtung Einpassung in die Landschaft und in Richtung Lärmschutz eingeplant werden. Die Fraktion ist damit einverstan-

Kernkraft und Klassenkampf

Sowjetunion steigt nicht aus, sondern erst recht ein

Während im Westen nach «Tschernobyl» ein möglicher Ausstieg aus der Kernenergie diskutiert wird, steigt die Sowjetunion erst recht ein. Bis in drei Jahren will sie gegenüber 1985 die elektrische Stromversorgung aus Kernkraftwerken von 167 Milliarden auf 390 Milliarden Kilowattstunden (kWh) steigern. Der Atomstrom wird also mehr als verdoppelt. Gegenwärtig sind 48 Kernkraftwerke in der Sowjetunion in Betrieb. Zehn weitere vom Tschernobyl-Typ befinden sich im Bau.

(BAU) Zwar ist die Sowjetunion reich an anderen Energiequellen wie kein zweites Land der Welt. Die vorhandenen konventionellen Brennstoffe (Kohle, Gas und Erdöl) befinden sich jedoch grösstenteils in den unwirtschaftlichen Gebieten östlich des Urals. Die stark konzentrierte Industrie liegt hingegen westlich des Urals. Das ist der Grund, weshalb in der UdSSR Kernenergie als die ideale Lösung des Energieversorgungsproblems betrachtet wird. Heute bestreiten Kernkraftwerke elf Prozent des sowjetischen Energieaufwandes. Tschernobyl lieferte ein Sechstel der gesamten sowjetischen Kernkraft. Verzichtete die Sowjetunion auf die Kernkraft,

den, dass das Gesamtkonzept und die Linienführung der Neubaustrassen einem einzigen referendumspflichtigen Bundesbeschluss unterstellt werden sollen. Somit wird der Souverän via Referendum – falls ein solches verlangt wird – die Gelegenheit erhalten, zu bekennen, ob er mit der Förderung des öffentlichen Verkehrs wirklich Ernst machen will.

Fehlendes Finanzierungskonzept

Nach Ansicht der Fraktion fehlt ein klares Finanzierungskonzept für «Bahn 2000», auch wenn man berücksichtigt, dass auf Grund der Beschlüsse über ein neues Leistungskonzept die Investitionen in Zukunft vom Bund getragen werden und die Betriebskosten durch die SBB. In Anbetracht sich abzeichnender Perspektiven des Bundeshaushaltes stellt sich die Frage, wie der Bund eine solche Zusatzbelastung in der Höhe von rund 5,4 Mia., auch wenn diese auf mehrere Jahre verteilt ist, verkraften kann.

Das macht deutlich, dass die Finanzierung für den öffentlichen Verkehr ganz allgemein immer mehr zu einem Problem wird, welches dringend einer baldigen Lösung entgegengeführt werden muss. Auch Tarifverbilligungen sind schliesslich nur dann vertretbar, wenn durch vermehrtes Umsteigen vom individuellen zum öffentlichen Verkehrsmittel der Ausfall mindestens ausgeglichen wird. Gefragt sind aber Mehreinnahmen!

Abklärungen erforderlich

Die Fraktion ist der Meinung, dass in der Botschaft das Konzept «Bahn 2000» finanzpolitisch zu wenig aussagekräftig ist. Wir fordern, dass das Projekt innerhalb der Finanzplanung des Bundes Platz haben muss. Durch das Konzept «Bahn 2000» darf die Gesamtsteuerbelastung nicht erhöht werden. Wir meinen ferner, dass die Benutzer vermehrt an den Betriebskosten beteiligt werden sollen. Unsere Fraktion hat deshalb ein Postulat eingereicht (Sprecher: Nationalrat Peter Aliesch, GR), in welchem Auskunft über die Finanzierungsmodalitäten verlangt wird. Unter dem Vorbehalt der Klärung dieser offenen wichtigen Frage hat die FDP-Fraktion dem Konzept «Bahn 2000» mehrheitlich beige-

dann müsste sie andere Quellen erschliessen. Sie könnte beispielsweise auf Erdöl ausweichen. Aber die Erdölförderung geht zurück, letztes Jahr um drei Prozent oder 10 Millionen Tonnen. Geplant war gewesen, dass sie um 30 Millionen Tonnen steigen sollte. Die Hälfte des Erdöls kommt aus Westsibirien. Dort muss immer tiefer in Dauerfrost gebohrt werden, und je tiefer, desto höher die Gewinnungskosten. Sie liegen schon heute erheblich über den Weltmarktpreisen. Hinzu kommt, dass die Sowjetunion aus dem Verkauf von Erdöl und Gas an den Westen nahezu achtzig Prozent ihrer dringend benötigten Hartdevisen erzielt. Der gegen-

Testfragen an Bundesratskandidaten

Alphons Egli hat nach vier Jahren als Bundesrat demissioniert, Rudolf Friedrich stand das Amt zwei Jahre durch. Egli sagt in einem Interview: «Als Anwalt war ich eher im Element.» Als Bundesrat musste er funktionieren. Er konnte nicht sein, wie es sein Naturell verlangte. Der Bundesrat, sagte er, könne seine Gedanken nicht gleich ausdrücken wie ein Parlamentarier, der sich manche Freiheiten erlauben könne. Die Bundesräte spielen eine Rolle und haben Erwartungen zu genügen.

Kritik aus allen Winkeln und Ecken feilt die Kanten eines Bundesrates ab. Durch Originalität und Individualität kommt man ins öffentliche Gerede. Aber das Gerede, müsste man wissen, wird oft kaum einen Tag alt, bis es von einem neuen überholt ist. Und so müsste man dem Magistraten zurufen: «Bleib, wie du bist!» Am Ende, das sieht man auch bei Alphons Egli, bedauern alle, wenn eine Eigenart verlorengelht. Die Massenmedien beklagen es. Das beweist nur, dass wir Schweizer, obwohl unsere Toleranzgrenzen zufolge des Wohlstandes niedriger geworden sind, nach Originalität und Individualität lechzen. Willi Ritschard bleibt in Erinnerung, weil er nicht nur funktionierte, sondern als Bundesrat auch stets der Willi war. Was in der verwalteten Welt von heute, wo Politiker störungsfreie Schwungräder in der Verwaltungsmaschine Staat

sein müssen, fehlt, ist Zivilcourage und Eigenwilligkeit. Wer Angst davor hat, etwas Eigenwüchsiges zu sagen, wird geschmirgelt, bis er vor lauter Glätte immerzu glänzt, auch wenn der fahle Mond drauf scheint.

Wer die Kommentare zu Egli's Rücktritt liest, darf sagen: Am Ende wird der Mut belohnt und nicht die Feigheit. Am Ende loben sie die Ecken und die Kanten eines Charakters und nicht die glatten Flächen. Nur, wer Bundesrat werden will, darf nicht sagen: «Als Anwalt war ich eher im Element.» Er müsste das Amt suchen wie der Fisch das Wasser. Dafür aber braucht es bestimmte Voraussetzungen.

Alphons Egli sass offenbar hoffnungslos in den Aktenbergen drin, obwohl, wir wissen es, das politisch Relevante nicht in den langen Gutachten steckt.

Die eidgenössischen Parlamentarier müssen wahrscheinlich bei der Wahl eines Nachfolgers andere Testfragen an die Kandidaten stellen. Sie dürfen nicht heissen: «Sind Sie tüchtig? Funktionieren Sie gut?» Sondern: «Haben Sie Lust am Regieren? Arbeiten Sie sich nicht zu Tode? Können Sie delegieren und Ihr Amt organisieren?» Von Ronald Reagan, von dem man inzwischen sagt, er sei ein guter Präsident, hat man noch nie gehört, dass er sich überarbeitet.

Regierungsrat Andreas Iten (FDP), Unterägeri ZG

wärtige Erdölpreis kommt für den Kreml einer Katastrophe gleich. Die Sowjets haben keine andere Energiealternative als das Atom. Jeglicher Verzicht oder schon nur vorübergehende Stopp des Kernkraftwerkprogramms würde den (schon bescheidenen) Lebensstandard der Bevölkerung und den von Parteichef Michail Gorbatschew angestrebten Prozess der wirtschaftlichen Umstellung auf intensives Wachstum beeinträchtigen.

Druck auf Moskau

Die russischen Kernkraftwerke vom Typ «Tschernobyl» sind keine herkömmlichen Kraftwerke für die friedliche, zivile Nutzung und Kernkraft. Moskau unterzeichnete am 21. Februar 1985 ein Inspektionsabkommen mit der Atomenergie-Agentur der Vereinten Nationen (IAEA/Wien), schloss aber wohlweislich Tschernobyl von jeglicher internationa-

len Überprüfung aus. Die sowjetische Macht beruht in erster Linie auf militärischer Macht. Das heisst konkret, um Kosten zu sparen, müssen Kernkraftwerkreaktoren auch waffenfähiges Plutonium liefern. Und offenbar bei einer verfrühten Plutoniumentnahme, wie Wissenschaftler jetzt vermuten, explodierte Tschernobyl... Für das Ausmass der Explosion mag die Tatsache stehen, dass noch im September die Sowjetunion die Gesuche westlicher Antragsteller zurückgewiesen hat, die Radioaktivität auf dem sowjetischen Gebiet selber messen zu können.

Der Westen ist gut beraten, nach Alternativenergien zur Kernkraft zu suchen und zu forschen. Gleichzeitig sollte aber der Druck auf die Sowjetunion erhöht werden, damit sie die Sicherheit ihrer Kernkraftwerke den hohen westlichen Anforderungen anpasst. Grenzüberschreitende Strahlen sind keine innere staatliche Angelegenheit mehr.

Nicht unerwartet

Die FDP zum Urnengang vom 28. September

Das Abstimmungswochenende vom 28. September hat nach Ansicht der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) Ergebnisse gezeitigt, die als nicht ganz unerwartet bezeichnet werden können. Dies geht aus einem am Abstimmungssonntag veröffentlichten Communiqué hervor. Das massive Nein zur Lehrwerkstätten-Initiative war vor auszusehen, ebenso der vorprogrammierte Scherbenhaufen bei den Kulturvorlagen. Nachdem bereits das Referendum mit einer Rekordunterschriftenzahl unterzeichnet worden war, kann das Nein zum Zuckerbeschluss nicht überraschen.

Die unmissverständliche Abfuhr für die Lehrwerkstätten-Initiative verdient in doppelter Hinsicht Beachtung. Zum einen ist sie eine Absage an die Verstaatlichung des Lehrwesens und damit zugleich ein Ja zur Meister- oder Betriebslehre sowie zum anderen ein Denkzettel für die SP der Schweiz, die sich

im Gegensatz zu ihrer Fraktion für dieses Volksbegehren ausgesprochen hatte.

Die Weigerung der Mehrheit des Initiativkomitees, die Kulturinitiative zugunsten des Gegenvorschlages zurückzuziehen, musste beinahe unweigerlich zum eingetretenen Debakel führen. Damit ist ein realer und notwendiger Tätigkeitsbereich des Bundes weiterhin verfassungsrechtlich ungenügend abgestützt. Dies darf aber nicht zu einer Gefährdung bisheriger Aktivitäten führen.

Eine Kumulation verschiedener Argumente dagegen ergab beim Zuckerbeschluss ein Nein, was die Interpretation des Ergebnisses nicht erleichtert. Eine sinnvolle, zielgerichtete Vorlage ist in den Strudel der laufenden Landwirtschaftsdiskussion geraten und dabei zu Unrecht zu Fall gebracht worden. Mit diesem Nein sind die Probleme der schweizerischen Agrarpolitik nicht gelöst.

Ein Land im Schwebezustand zwischen Demokratie und Diktatur

Nicaragua – Ersatz für Vietnam?

Was geschieht in Nicaragua? Weshalb diese Entwicklung? Warum geht Nicaragua auch die Schweiz etwas an? Diese und ähnliche Fragen stehen gegenwärtig zur Debatte. «Der Freisinn» hat Nationalrat Dr. Peter Sager (SVP, BE), der dieses Land in Zentralamerika aus eigener Anschauung kennt, um eine persönliche Lageanalyse gebeten:

Nicaragua bleibt in den Schlagzeilen und in vieler Leute Mund. Der Tod zweier schweizerischer Aufbauhelfer hat dazu beigetragen und eine erhebliche Polarisierung in der Schweiz verursacht. Darob sollte die Lage im geplagten Land nicht vergessen werden.

Nach dem Diktator

Seit 1934 war die Familie Somoza an der Macht. Sie hat das Volk wirtschaftlich ausgebeutet und die politische Opposition erheblich unterdrückt. Am 19. Juli 1979 gelang es, den letzten der Somozas zu stürzen; im Exil wurde er ermordet. Diese erste Revolution wurde von der grossen Mehrheit des Volkes unterstützt und begrüsst.

Die Macht übernahm die sandinistische Befreiungsfront FSLN. Sie war dank kubanischer Hilfe die am besten organisierte Oppositionsgruppe. In der ersten Regierungsjunta nahmen auch zwei liberale Bürgerliche Einsitz. Doch erwies es sich rasch, dass die Sandinisten andere Ziele verfolgten, als ihre Versprechen – Demokratisierung und freie Wahlen innerhalb zweier Jahre – angedeutet hatten. Stunden nach der Machtübernahme standen nämlich bereits die kubanischen Berater vor den Ministerien – und wurden eingelassen.

... Waffen aus Kuba

Die Waffenlieferungen, vorwiegend aus der Sowjetunion und über Kuba geleitet, wurden gesteigert, die Verbindungen mit der UdSSR auf allen Ebenen verstärkt; die linksextreme Guerilla im Nachbarland El Salvador wurde namhaft unterstützt. Es folgten sowjetische Militärberater, ostdeutsche Sicherheitsfachleute, kubanische Lehrer in grosser Zahl. Die Sandinisten proklamierten den Marxismus-Leninismus zum Fundament ihrer Ideologie und den Export ihrer zweiten Revolution nach ganz Zentralamerika zu ihrem Hauptanliegen.

Präsident Carter sistierte wegen der Unterstützung der Guerilla im Nachbarland die im Juli wiederaufgenommene Wirtschaftshilfe. Präsident Reagan konnte sie nicht fortführen, weil die Sandinisten sich weigerten, ihre Guerillaunterstützung einzustellen. Die versprochene Demokratisierung blieb in den Anfängen stecken. Eine staatliche Gewerkschaft, dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund angeschlossen, schränkte die Gewerkschaftsfreiheit ein. Die einzige Oppositionszeitung wurde strenger Zensur unterstellt und kürzlich ganz verboten. Die Menschenrechte werden missachtet;



missliebige Personen verschwinden, werden gefoltert, sogar mit Todesfolgen. Die Korruption greift um sich, die Wirtschaft geht dem Chaos entgegen.

Noch gibt es eine Opposition

Eine Hauptschuld trägt die Militarisierung des Landes. Nicaragua ist heute die grösste Militärmacht Zentralamerikas; als Grund wird seit Jahren die angeblich bevorstehende Invasion durch die USA vorgeschützt. Rund 40 Prozent des Staatshaushaltes werden für die Aufrüstung eingesetzt.

Allerdings erfolgt der Übergang zum eindeutigen Satellitenstatus in Nicaragua nicht so rasch, wie das in Osteuropa oder Kuba der Fall gewesen ist: Man kann in das Land einreisen, Nicaraguaner können das Land verlassen, sofern sie nicht dienstpflichtig sind. Noch gibt es eine politische Opposition, deren Wirkungskreis immer mehr eingeschränkt wird, die aber bisher nicht völlig eliminiert wurde. Der Einfluss der Kirche, die seinerzeit auch in Opposition zum Somoza-Regime stand, ist ungebrochen, wengleich sie ebenfalls streng-

ster Zensur unterworfen ist; der Präsident und der Sekretär der Bischofskonferenz – beide Nicaraguaner – konnten nach einer Auslandsreise nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren.

Parallele zu Vietnam

Angeht es einer doch eindeutigen Sachlage ist es erstaunlich, welche Polarisierung Nicaragua sogar in der Schweiz bewirkt. Die Parallele zu Vietnam als einem zu anti-amerikanischen Zwecken missbrauchten Symbol liegt auf der Hand. Es sind Kreise gleicher geistiger und politischer Ausrichtung, die sich, oft unbewusst, Vietnams wegen wie nun Nicaraguas wegen auf die prosovietische Seite schlagen, zum Teil sogar mit ähnlichen Argumenten.

Das ist deshalb erstaunlich, weil der Sieg Hanois und die Unterwerfung Südvietnams unter das kommunistische Regime eigentlich die Augen der irreführenden Idealisten hätten öffnen und Verantwortungen überbinden müssen. Aus Vietnam sind trotz enormen Risiken mehrere Millionen Menschen geflüchtet, und eine halbe Million ist auf der Flucht elend zugrunde gegangen.

Schwebezustand zwischen Demokratie und Diktatur

Eine bescheidenere, politisch immerhin aussagekräftige «Abstimmung mit den Füßen» ist auch in Nicaragua festzustellen. Unter dem Diktat der Familie Somoza haben rund 30 000 Menschen das Land verlassen; seit die Sandinisten an der Macht sind, dürften über 300 000 geflüchtet sein. Dabei bleiben viele zurück, weil sie die Hoffnung auf Änderungen und Verbesserungen nicht aufgeben, weil sie für die Freiheit kämpfen wollen, oder weil sie keine Mittel zur Flucht besitzen.

Bleibt die Frage, warum das Land in diesem merkwürdigen Schwebezustand zwischen Demokratie und Diktatur verharrt. Das Regime benötigt ein demokratisches Alibi, um Wirtschaftshilfe aus Lateinamerika und Westeuropa, ja sogar von privaten Organisationen in Nordamerika zu erhalten, zumal die Sowjetunion und ihre osteuropäischen Satelliten keine zureichende Wirtschaftshilfe gewähren können. Nicaragua muss selbst die Lieferung von Militärmaterial bezahlen und wird so langsam ausgeblutet. Ohne demokratische Fassade aber würde die westliche Hilfsbereitschaft gänzlich schwinden.

Energiepolitische Perspektiven nach «Tschernobyl»

Aufbruch zu neuen Ufern?

Der Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk von Tschernobyl ist weiterhin in aller Leute Mund. Zu dieser Katastrophe und zu den dadurch initiierten Forderungen nach einem «Einstieg in den Ausstieg aus der Kernenergie» hat der Präsident des Energieforums Schweiz, Nationalrat Dr. Bruno Hunziker, Überlegungen angestellt, die wir im folgenden in gekürzter Form publizieren.

Der Reaktorunfall von Tschernobyl hat in unserem Land breite Verunsicherung hervorgerufen und Zweifel an unserem energiepolitischen Kurs aufkommen lassen. Bereits sind Volksinitiativen beschlossen worden, die direkt oder indirekt den Ausstieg aus der Kernenergienutzung bezwecken. Bevor wir zu weitgehend unbekanntem Ufern aufbrechen, sollten wir uns fragen, ob die Ziele und Postulate unserer energiepolitischen Strategie bereits überholt sind, ob die weltweite Energieproblematik heute anders aussieht als vor wenigen Jahren und ob die Katastrophe in der Ukraine die gesamte Kernenergienutzung in Frage stellt.

Einen Reaktortyp wie im Kraftwerk in Tschernobyl und in

etwa 25 weiteren russischen Kernkraftwerkblöcken gibt es bei uns nicht. Ein solcher Reaktor ist von den bei uns betriebenen Siededruckwasserreaktoren so verschieden, dass die einzelnen Konstruktionsmerkmale und möglichen Unfallursachen nicht miteinander verglichen werden können. Menschliches Fehlverhalten und Fehlbedienung werden bei uns von vornherein für wahrscheinlich gehalten. Die daraus resultierenden Konsequenzen werden deshalb durch übergeordnete automatische Systeme ausgeschlossen.

Selbstverständlich kann niemand sagen, dass nicht auch bei westlichen Reaktoren grosse Pannen eintreten können. Sicher kann man indessen festhalten,

Umweltschutztagung der FDP der Schweiz

«Grün» – nicht erst seit heute

Umweltschutz ist für die Freisinnigen nicht erst ein Thema, seit «grün» sein «in» ist. Davon zeugt allein die respektable Reihe engagierter Freisinniger in Umweltschutzorganisationen. Nachdem eine Umweltschutztagung vor drei Jahren zu einem vollen Erfolg wurde, möchte die FDP der Schweiz am Samstag, 25. Oktober 1986, 10 Uhr 30 im Kursaal in Bern eine Bestandesaufnahme vornehmen sowie eine Zwischenbilanz ziehen.

Die Tagung findet im Rahmen einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung statt. Eingeladen sind alle Parteimitglieder mit beratender Stimme. Vorgängig der Aussprache über den Umweltschutz ist die Parolenfassung für den am 7. Dezember zur Abstimmung gelangenden Gegenvorschlag zur (zurückgezogenen) Mieterschutz-Initiative vorgesehen. (Für die zweite, am gleichen Abstimmungswochenende zum Entscheid anstehende Vorlage, die Schwerverkehrs-Initiative des VCS, wird der Delegiertenrat der Partei die Abstimmungsempfehlung beschliessen.) Nachstehend das Programm der Tagung vom 25. September:

Parolenfassung für die eidg. Volksabstimmung vom 7. Dezember

Gegenentwurf der Bundesversammlung (Bundesbeschluss vom 21. März 1986) zur zurückgezogenen Volksinitiative «für Mieterschutz».

- Einleitende Orientierung durch – Ständerat Dr. Max Affolter, Olten (grundsätzliche Überlegungen)
- Nationalrat Jean Revaclier, Genf (pro Gegenentwurf)
- Hanspeter Götte, Zentralsekretär Schweizerischer Hauseigentümerverband (contra)
- Allgemeine Aussprache, Gelegenheit zur Fragestellung und Be-

schlussfassung über die Abstimmungsempfehlung der Partei.

Umweltschutztagung

«Umweltschutz als Querschnittaufgabe»
Frau Bundesrätin Elisabeth Kopp

«Stand der Umweltbelastung: Eine provisorische Bilanz»
Dr. Maurice de Coulon, Direktor des Bundesamtes für Forstwesen und Landschaftsschutz, Bern

«Umweltschutz aus der Sicht eines Ingenieurs und Unternehmers»
Dr. Ernst Basler, dipl. Ing. ETH, Zollikerberg

«Umweltschutz und Politik»
Nationalrat Prof. Gilles Petitpierre, Genf

Mittagessen

Sketch über die persönliche Verantwortung im Umweltschutz
Von und mit César Keiser und Margrit Läubli

«Unsere Partei angesichts der ökologischen Herausforderung»
Nationalrat Dr. Bruno Hunziker, Parteipräsident

Erläuterung des freisinnigen Manifestes
Walter Schiesser, Zürich, Präsident der Arbeitsgruppe Umweltschutz

Allgemeine Aussprache und Verabschiedung des Manifestes

Schluss etwa 16 Uhr 15

dass eine Reaktorkatastrophe, wie sie sich in der Ukraine ereignet hat, bei dem bei uns verwendeten Reaktortyp so nicht vorkommen kann.

Die weltweite Energieproblematik

Nutzung und Verbrauch von Energie führen zu Umweltbelastungen und -schäden. Das gilt für Industrie- und für Entwicklungsländer. In den Industrieländern sind es vorab die Energieträger Erdöl und Kohle, die zu nicht mehr länger verantwortbaren Schäden der Umwelt führen.

Die Umweltschäden sind so beträchtlich, dass sich sämtliche Industrieländer zum Ziel gesetzt haben, die fossilen Energien zu

sen – 66%! – und damit auch am stärksten auslandabhängig sind. Tschernobyl hat diese Erkenntnis nicht umgestossen, verstellt aber zurzeit den Blick auf die Energieproblematik in ihrer Ganzheit und langfristigen Perspektive.

Abgesehen vom Energiesparen, einem besonders wichtigen Postulat, mit dem wir bisher noch zu wenig Ernst gemacht haben, werden wir unsere Energieversorgung nur sicherstellen können, indem wir alle zur Verfügung stehenden und verantwortbaren Energien nutzen und die Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energien intensivieren. Wenn ich sage, alle Energien, gehört dazu selbstverständlich auch die Kernenergie.

Energiesparen: unumgänglich, aber nicht grenzenlos möglich

Sparmöglichkeiten bestehen vor allem im Heizsektor. Etwa zwei Drittel des Endenergieverbrauchs dienen der Wärmezeugung. Natürlich gibt es auch ausserhalb des Wärmesektors Sparmöglichkeiten. Unrealistisch wäre es, das Hauptsparpotential beim elektrischen Strom zu sehen. Es gibt auch verschiedene Industriebereiche, wo Elektrizität weder ersetzt noch wesentlich gespart werden kann. Die schweizerische Industrie hat mit einer rationelleren Energieverwendung seit Jahren Ernst gemacht.

Denkbar wären ins Gewicht fallende Massnahmen noch am ehesten im Sektor Haushalte. Ob dann freilich die heute beschworene Sparbereitschaft bei den Direktbetroffenen noch vorhanden wäre, wenn es darum gehen sollte, Kühlschränke, Tiefkühler, Ge-

Fortssetzung auf Seite 4



substituieren. Für die Schweiz ist dieses Postulat besonders dringlich, weil wir von allen vergleichbaren Industrieländern den weitest aus höchsten Erdölanteil aufwei-


Boesch
Gartenbau 01 53 04 80
**Unsere Stärke
grüne Werke**

Fortsetzung von Seite 3

schrümpfen usw. solchen Einschränkungen zu unterwerfen, darf bezweifelt werden.

Ausweichen auf fossile oder alternative Energien?

In der Sondersession der eidg. Räte im Frühjahr 1985 (Walddebatte) sind die Gefahren einer allzu stark auf fossile Energieträger abgestützten Energieversorgung eindrücklich dargestellt worden. Wenn man die neusten Diskussionen im Zusammenhang mit Tschernobyl hört, erhält man den Eindruck, dass all das längst vergessen ist. Nur so kann man es verstehen, dass bereits wieder Leute von Kohlekraftwerken in unserem Lande sprechen. Die quantitative Bedeutung der Alternativenenergien wird nicht stark ins Gewicht fallen. Sicher ist es angezeigt, für die Forschung in diesem Bereich mehr zu tun. Die Hoffnung auf diese Energien nährt jedoch viele illusionäre Erwartungen.

Ausstieg aus der Kernenergie – Lösung oder Sackgasse?

Es ist weder überflüssig noch sinnlos, über ein Energieszenario ohne Kernenergie nachzudenken. Die Sowjetunion und damit Osteuropa denken jedoch nicht nur nicht an einen Ausstieg, sondern wollen die Nutzung dieser Energieart kräftig vorantreiben. Ähnliches gilt für Frankreich, und in England ist ebenfalls erklärt worden, dass man nicht daran denke, auf die Nutzung der Kernenergie zu verzichten. Japan ist wie kein anderes Land von den Folgen der Kernspaltung betroffen worden. Trotzdem befürworten die Japaner zu rund 70% die friedliche Nutzung der Kernenergie. Dass die USA weiterhin auf diese für sie unerlässliche Energie setzen werden, darf mit Sicherheit angenommen werden.

Eine für die Zukunft vernünftige Energiestrategie haben wir bereits. Am Ziel einer sicheren, umweltfreundlichen, ausreichenden und wirtschaftlichen Energieversorgung hat auch das russische Kernkraftwerkunglück nichts geändert, auch nicht an den Massnahmen Sparen, Substituieren, Forschen und Vorsorgen.

«Lenin ist überall»

Wer über Energie verfügt, überlebt, wer keine hat, wird abhängig und erpressbar oder geht zugrunde. Das hat schon Lenin erkannt und den Slogan geprägt: «Sowjetmacht plus Elektrizität». Der politische Preis Westeuropas wäre bei einem einseitigen Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie ein horrend hoher. Die russischen Machthaber wissen das und werden – so paradox es tönt – gerade dank und mit der Tschernobyl-Katastrophe das politische Geschäft machen. Sie bauen unbeirrt und zügig die Kernkraft aus und werden eine virtuose Desinformation betreiben, die im Westen eine weitere Verunsicherung und Destabilisierung bewirkt. – «Lenin ist überall» wäre vielleicht ein weiterer Slogan.

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32.

Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich. Einzelnummer Fr. 2.–, Jahresabonnement Fr. 20.–.

Nicht nur Auflageziffern und Reichweiten sollten zählen...

Staatspolitisch bedeutsame Regional- und Lokalzeitungen

Regional- und Lokalzeitungen werden – zu Unrecht – oft als «Chäsblättli» bezeichnet. In unserem föderalistischen System kommt ihnen, nach Ansicht von Hans-Rudolf Leuenberger, Generalsekretär FDP der Schweiz, indessen eine wichtige gesellschaftspolitische Rolle zu. Sie sind aber auch für die Bewahrung der Marktwirtschaft von tragender Bedeutung. Es liegt deshalb nicht zuletzt an der Wirtschaft, für das Überleben dieser Zeitungskategorie beizutragen.

Die Schweiz gilt, gemessen an der Bevölkerung, als zeitungsdichtestes Land der Welt. Rund ein Drittel aller Zeitungen (ohne Zeitschriften, Magazine, Fachpresse usw.) sind der Regional- oder Lokalpresse zuzuordnen. Gemäss Angaben des Zeitungsverlegerverbandes betrifft dies rund 200 Titel. Wirft man einen Blick auf die Auflageziffern, so finden sich solche mit recht tiefen Zahlen; die Mehrzahl bewegt sich bei einer beglaubigten Auflage von etwa 6000–10 000 Exemplaren.

Als lokaler Informationsträger unentbehrlich

Ohne Zweifel hat das Lokalblatt in erster Linie die Aufgabe, über das Geschehen in seinem Einzugsgebiet zu informieren. Es kann aus finanziellen, technischen und personellen Gründen nicht die Funktion einer grossen Tageszeitung übernehmen. Umgekehrt ist es aber für die grossen Zeitungen nicht interessant und auf Grund fehlender «Tuchfühlung» auch kaum möglich, beispielsweise über das Projekt einer Schiessstand-Renovation in einem kleinen Dorf ausführlich zu

berichten. Wie die Kehrtrabfuhr über die Feiertage geregelt ist, kann ebenfalls nur dem Lokalblatt entnommen werden. Nur schon in diesem Lichte betrachtet ist die Regional- und Lokalzeitung ein unentbehrlicher Informationsvermittler.

Eine besondere staatspolitische Bedeutung haben die Regional- und Lokalzeitungen auf Grund unserer föderalistischen Struktur mit ihrer starken Gemeindeautonomie. Hier kommt ihnen die Aufgabe zu, bei kommunalen politischen Themen – seien es nun Abstimmungen oder Wahlgeschäfte – die Diskussion auch in den Zeitungsspalten zu führen und so zur Meinungsbildung beizutragen. Neben dieser staatspolitischen Aufgabe kommt der Regional- und Lokalpresse auch ein nicht zu unterschätzendes Gewicht bei der Bewahrung unseres freiheitlichen Wirtschaftssystems zu.

Bei Inseratvergabe beachten

Dass die meisten Zeitungen von den Abonnementsbeiträgen allein nicht leben können, ist bekannt. Die Abonnenten bezahlen bestenfalls das Papier. Es braucht Inserenten, um eine Regional- oder

Lokalzeitung herausgeben zu können. Nun hat aber in den letzten Jahren seitens der Wirtschaft bzw. der von ihr mit der Verwaltung des Werbebudgets beauftragten Agenturen eine meines Erachtens zu einseitige Betrachtungs-



weise bei der Vergabe von Inseraten eingesetzt. Massgebend, ob eine Zeitung Inserate erhält, ist heute leider allzuoft der Computer des Werbers, der die Auflagezahlen und die Reichweiten ausspuckt. An diesen Angaben orientiert sich der hart kalkulierende Auftraggeber, dem es um die optimale Durchsetzung seiner Werbeabsicht geht. Was aber der Computer nicht weiss, ist die Tatsache, dass fast alle kleineren Zeitungen eine bürgerliche, marktwirtschaftsfreundliche Haltung einnehmen. Wird der Regional- oder Lokalzeitung – entgegen den «nackten» Zahlen des Computers – trotzdem ein Inserat gewährt, wird häufig von «Goodwill»-Anzeigen gesprochen.

Sicher erreicht ein Inserat in einer kleinen Zeitung weniger Leser, doch ist die Beachtung der Anzeige in diesem Umfeld wahrscheinlich grösser als in einer Inseraten-«Plantage». Darüber hinaus wäre bei der Aufteilung des Werbebudgets durch den Auftrag-

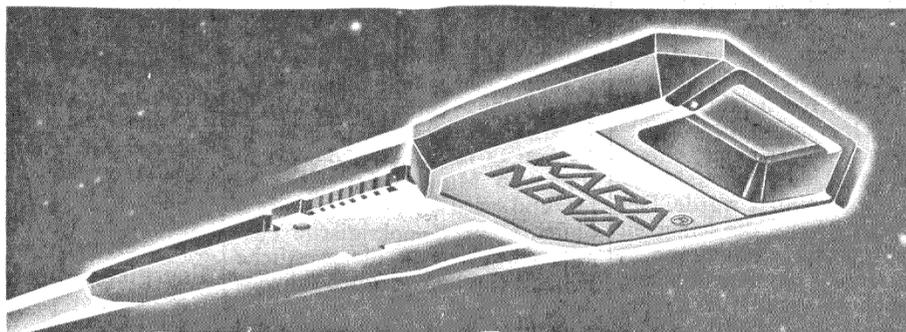
Spionagefall wegen Aubert-Reise verheimlicht?

Wurde die Ausweisung eines Angehörigen der sowjetischen Botschaft in Bern wegen Spionage im Sommer dieses Jahres nicht bekanntgegeben, um die Reise von Bundesrat Aubert in die UdSSR nicht zu beeinträchtigen? Antwort darauf will Nationalrat Ernst Cincera, der im Parlament eine Einfache Anfrage einreichte. Er will auch wissen, ob der Vorsteher des EDA bei seinen Gesprächen in Moskau diesen Vorfall im Interesse der Schweiz zur Sprache gebracht hat.

Der freisinnige Zürcher Volksvertreter weist in seinem Vorstoss darauf hin, dass in der Schweiz über Spionagefälle in der Regel die Öffentlichkeit zeitgerecht orientiert werde. Gemäss Nationalrat Cincera wurde der Botschaftsangehörige im Juli wegen Wirtschaftsspiionage gegen die Schweiz des Landes verwiesen.

geber daran zu denken, dass auf Grund ihrer meinungsbildenden Funktion mit wirtschaftsfreundlicher sowie bürgerlicher Ausrichtung die Lokal- oder Regionalzeitungen Wesentliches zur Bewahrung einer politischen Umwelt leisten, in der überhaupt verkauft werden kann. Wer nur die Auflageziffern und Reichweiten als Kriterium gelten lässt, handelt somit kurzsichtig. Die Wirtschaft ist deshalb – bei allem Respekt vor der starken Reichweite der grossen Blätter – aufgerufen, bei der Verteilung ihres «Inseratekuchens» auch an die Regional- und Lokalzeitungen zu denken. Mag eine solche Haltung kurzfristig noch als «Goodwill» betrachtet werden, längerfristig wahr ist aber damit ihre eigenen Interessen.

KABA NOVA - der Schlüssel mit der elektronischen Sicherheit.



Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, so verlangen Sie Unterlagen bei

BALIER KABA

Balier Kaba AG
Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach
CH-8620 Wetzikon
Telefon: 01/931 61 11
Telex: 875481
Telefax: 01/931 63 85

Unser Ziel: Informieren!

z.B. über Stil und Leistungen bei der Beratung und Geschäftsführung für Liegenschaftsbesitzer und Bauherren oder bei der Übernahme von Immobilien-Treuhand-Mandaten.

Jetzt neue Dokumentation bestellen

Schneiden Sie einfach dieses Inserat aus und senden Sie es zusammen mit Ihrer Visitenkarte an uns. Umgehend werden Sie die neuesten Unterlagen erhalten.

Spaltenstein

LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich,
Telefon 01/316 13 10

Das vielseitige Terminal- und Druckertisch-Programm



Direkt vom Hersteller:
P. Sandmeier AG
Büro- und
Betriebs-einrichtungen
8305 Dietlikon
Tel. 01 833 23 90

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat.

DAS EXCLUSIVE
Partnerwahlinstitut
für ANSPRUCHSVOLLE
Überregional/International
Introduction
Frau M. Th. Kläy
Neugasse 45, 3001 Bern
Tel. 031 22 21 12
Wir senden Ihnen Unterlagen
Kein Vertreterbesuch
Gegründet 1956

Wer trinkt, wird alt – wer säuft, stirbt bald

Deutsches Sprichwort

Wer den Wein, dieses köstliche Naturgeschenk, im Übermass zu sich nimmt, der weiss ihn nicht richtig zu schätzen. Der echte Weinfreund aber erkennt, dass sich ihm dieses edle Getränk im bedächtigen, massvollen Genuss voll offenbart. Ihm ist aber auch jede Flasche schon lieb, lange bevor er sie entkorkt: wenn er sie sorgfältig auswählt und liebevoll in seinem Keller bettet.

Für jeden Weinfreund sind wir gerne tätig. Ihm gehört unsere Generation langer Erfahrung (unser Haus ist seit über 200 Jahren dem Wein verbunden).

Rufen Sie uns an Tel. (043) 21 20 81, oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wi-Büchli» – eine köstliche Lektüre für jeden Weinfreund.

St.-Jakobs-Kellerei
Schuler & Cie. AG
Schwyz und Luzern
Franzosenstrasse
6423 Seewen Schwyz



SCHULER-WEINE
St JAKOBSKELLEREI
SCHULER + CIE AG SCHWYZ + LUZERN

Vorstellungen von freisinniger Seite

SRG-Konzession verbessern

Bei der bevorstehenden Erneuerung der SRG-Konzession soll der Bundesrat verschiedene Verbesserungen ins Auge fassen. Dies schlägt die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung in einem Postulat vor (Sprecher: Nationalrat Dr. Paul Wyss, Basel).

Insbesondere wird die Förderung einer kohärenten Programm- und Personalpolitik durch Stärkung der Kompetenzen des Generaldirektors, der gegenüber der Konzessionsbehörde die Verantwortung trägt, vorgeschlagen. Darüber hinaus soll die Landesregierung die Dauer der Konzession so bestimmen, dass diese nach Inkrafttreten des gegenwärtig zur Diskussion stehenden Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen erneuert werden kann.

Verfassungsartikel respektieren

Im Postulat wird die Prüfung weiterer Vorschläge angeregt. So soll das Programmangebot der SRG im Hinblick auf die im Bundesgesetz über Radio und Fernsehen durch den Gesetzgeber vorzunehmende Abgrenzung zwischen SRG und privaten Anstalten festgelegt werden. Konkret wird ferner eine Erweiterung der unternehmerischen Freiheit der SRG im Finanz- und Personalbereich zur Diskussion gestellt. Ebenso wären in der neuen Konzession die Bestimmungen des inzwischen von Volk und Ständen gutgeheissenen Verfassungsartikels über Radio und Fernsehen aufzunehmen. Dabei ginge es insbesondere um den Leistungsauftrag, den die Verfassungsbestimmung an Programmschaffen und Information stellt: Berücksichtigung der Eigenheit des Landes und der Bedürfnisse der Kantone, sachgerechte Darstellung der Ereignisse,

angemessener Ausdruck der Vielfalt der Ansichten.

Stärkung der Position des Generaldirektors

In der Begründung des Vorstosses wird auf die bisherigen Erfahrungen hingewiesen, die nach einer Stärkung der Stellung des Generaldirektors rufen. Ebenso sei der bei der Abstimmung über den Radio- und Fernsehartikel zum Ausdruck gekommene Wille von Volk und Ständen in der neuen Konzession zu respektieren. Bundesrat und Eidgenössisches Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement haben sich, wie in der Erläuterung des Vorstosses angemerkt wird, dazu bekannt, die Entscheidungsfreiheit des Gesetzgebers im Bereich der elektronischen Medien zu schützen. Deshalb sollte die neue Konzession verhindern, dass die SRG neue Märkte besetzt und Mittel (Finanzen sowie Frequenzen) in Beschlag nimmt, die der Gesetzgeber anderen Veranstaltern bzw. dem Wettbewerb zuordnen könnte. Die Finanzaufsicht ist streng auf das Unentbehrliche für die Gewährleistung einer rechtlich einwandfreien Gebührenverwendung zu beschränken und entsprechend wahrzunehmen. Was den beamtenähnlichen Status der SRG-Mitarbeiter anbelangt, wird in der Begründung des Postulats vermerkt, sei dieser unvereinbar mit der Selbstbehauptung der SRG auf nationalen und internationalen Märkten.

Haben Sie die FDP-Initiative «für ehe- und familiengerechtere Bundessteuern» schon unterschrieben?

EIDGENÖSSISCHE VOLKSINITIATIVE FÜR EHE- UND FAMILIENGERECHTERE BUNDESSTEUERN

Im Bundesblatt veröffentlicht am 3. September 1985

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 121 der Bundesverfassung und gemäss dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

I Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Art. 41ter Abs. 5 Bst. c vierter Satz (neu)

Bei der Festsetzung der Tarife und Abzüge für die natürlichen Personen ist den Lebenshaltungskosten der Familien angemessen Rechnung zu tragen.

II Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 8

1 Unter Vorbehalt von Bundesgesetzen im Sinn von Artikel 41ter bleiben die am 31. Dezember 1988 geltenden Bestimmungen über die Warenumsatzsteuer, die direkte Bundessteuer und die Biersteuer mit den nachstehenden Änderungen in Kraft.

2 Bei der direkten Bundessteuer gelten für die nach dem 31. Dezember 1988 beginnenden Steuerjahre folgende Bestimmungen:

- Für Verheiratete sowie für verwitwete, geschiedene oder ledige Steuerpflichtige, die zusammen mit Kindern oder unterstützungsbedürftigen Personen einen Haushalt führen, sind vier Fünftel des steuerbaren Einkommens für den Steuersatz massgebend. Bei diesen Steuerpflichtigen entfallen die Prozentermässigungen auf dem Steuerbetrag, soweit sich dadurch nicht höhere Belastungen als aufgrund des bisherigen Rechts ergeben.
- Der Abzug für jedes Kind wird um ein Viertel gegenüber dem bisherigen Recht erhöht.
- Der Abzug vom Erwerbseinkommen des zweitverdienenden Ehegatten wird auf ein Fünftel dieses Einkommens, höchstens aber auf fünf Viertel des nach bisherigem Recht geltenden Abzuges heraufgesetzt. Der nach bisherigem Recht geltende Abzug bleibt gewährleistet.
- Der Bundesrat passt den Beschluss über die direkte Bundessteuer den Änderungen in Absatz 2 an.
- Aufgehoben

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Der Bürger, welcher das Begehren unterstützt, unterzeichne es handschriftlich. Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton _____ Politische Gemeinde, PLZ: _____

Nr.	Name (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Vorname	Geburts-jahr	Wohnadresse (Strasse, Hausnummer)	Kontrolle (leer lassen)
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					
11					
12					

Ablauf der Sammelfrist: 3. März 1987

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass die (Anzahl) _____ Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

_____, den _____ Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (Unterschrift und amtliche Eigenschaft): _____

Amtsstempel

Das Initiativkomitee, bestehend aus den nachstehenden Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit einfacher Mehrheit vorbehaltlos zurückzuziehen:
Bruno Hüfner, Nationalrat, Gotthelfstrasse 33, 5000 Aarau (Präsident); Robert Dücret, Ständerat, Rue Joseph-Girard 21, 1227 Carouge; Susi Eppenberger, Nationalrätin, Wasserbrugg, 9650 Nenslen; Massimo Pini, Nationalrat, 6576 Gerra Gambarogno; Jean-Jacques Cevey, Nationalrat, Avenue Belmont 41, 1820 Montreux; Othmar Andermatt, Ständerat.

Froburgweg 16, 6340 Baar; Ulrich Bremi, Nationalrat, Alte Landstrasse 48, 8702 Zollikon; Franco Masoni, Ständerat, Via Zurigo 10, 6901 Lugano; Vreni Spoerry, Nationalrätin, Claridenstrasse 3, 8810 Horgen; Hans Rudolf Leuenberger, Generalsekretär, Ländtstrasse 3, 2502 Biel.

Weitere Listen können unentgeltlich bestellt werden beim Schweizerischen Initiativkomitee für ehe- und familiengerechtere Bundessteuern, Postfach 2642, 3001 Bern (Telefon [031] 22 34 38).



Ganze Liste – vollständig oder teilweise ausgefüllt – bitte raschmöglichst einsenden an: Initiativkomitee für ehe- und familiengerechtere Bundessteuern, Postfach 2642, 3001 Bern.



Was will Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz damit besagen?

(Photo ruti)

Fortsetzung von Seite 1

reits realisierte Nutzung der Sache aufgehoben oder eingeschränkt wird. Wenn also einem Betrieb sein Land für die künftige Betriebserweiterung enteignet wird, verliert er das Kapital, welches für dieses Land eingesetzt wurde. Damit werden vielfach die Mittel für den Kauf eines Ersatzobjektes fehlen. Dies wird zur Lähmung der unternehmerischen Voraussicht in bezug auf künftige Betriebserweiterungen führen.

Nicht im Interesse der Landwirtschaft

Die Initiative ist entgegen dem ersten Anschein auch für die Land-

wirtschaft ein Danaergeschenk. Auch ich unterstütze zwar die Bestrebungen zur Festigung des bäuerlichen Grundbesitzes. Ich habe dies im Kanton Zürich mit der Einführung des Einspruchsverfahrens gegen Käufe landwirtschaftlicher Liegenschaften bewiesen. Die Initiative festigt aber nicht das bäuerliche Eigentum, sondern höhlt es bis auf eine dünne Fassade aus. Besonders stossend ist, dass ein Bauer seinen Hof nicht einmal mehr seinen Nachkommen vererben kann, wenn von diesen – vielleicht nur für eine Zwischengeneration – keiner den Hof selber bewirtschaften kann. Damit wird dem

bäuerlichen Eigentum ein wesentlicher Teil seines Sinnes genommen: dem Bauern die Gewissheit zu verschaffen, dass sein Einsatz für Land und Gebäude auch den Nachfahren zugute kommt – einen Baum pflanzt man nicht für die eigene, sondern für die nächste Generation, und dies will die Initiative allen Bauern verunmöglichen, wenn sie keine direkten bäuerlichen Erben haben! Völlig daneben liegt die Forderung der Initiative, den Verkaufspreis von landwirtschaftlichem Land auf den doppelten Ertragswert zu beschränken.

Noch ein Hinweis auf ein Detail, welches aufzeigt, wie unsorgfältig der Initiativtext abgefasst ist: Bei Enteignung von landwirtschaftlichen Grundstücken ist gemäss Initiative Realersatz zu leisten. Der Text ist klar und lässt keinen Spielraum: Der Realersatz muss unabhängig vom Eigentümer des enteigneten Grundstücks angeboten werden. Auch wenn ein Kanton, eine Gemeinde oder der Bund einen Nichtlandwirt enteignen, müssen sie ihm Landwirtschaftsland als Realersatz zuhalten!



«Kompetenz wiegt schwerer als Grösse. Besonders wenn es um die Betreuung Ihres Vermögens geht.»

Alfred E. Sarasin
Teilhaber



Spezialisiert auf aktive Vermögensverwaltung

A. Sarasin & Cie., Freie Str. 107, 4002 Basel
A. Sarasin & Cie., Talstr. 66, 8022 Zürich
Sarasin Investment Management Limited,
Sarasin House, 5/6 St. Andrew's Hill, London EC4V5BY

Freisinnige Energiepolitik nach «Tschernobyl»

Für eine realistische Einschätzung statt schrille Töne

Es ist unbestritten: «Tschernobyl» hat das bisherige Meinungsgefüge in der Energiepolitik erschüttert. Unbehagen und Verunsicherung ist zu registrieren. Und in den eidgenössischen Räten löste «Tschernobyl» nicht nur eine Vorstoss-, sondern auch eine Wortflut aus; das Thema wurde bereits zweimal behandelt – und war gar Gegenstand einer ausserordentlichen Session. Eine dritte Runde dürfte irgendwann 1987 folgen.

«Tschernobyl» ist auch an der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung nicht spurlos vorbeigegangen. Es wurde eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Nationalrat Kaspar Villiger (Pfeffikon LU) beauftragt, einen energiepolitischen Positionsbezug vorzunehmen. Dieser wurde vor der «Tschernobyl»-Sondersession von der Fraktion bereinigt und einstimmig gutgeheissen. Die Fraktion spricht sich darin für eine differenzierte, ver-

antwortungsbewusste und realisierbare Energiepolitik aus. Sie will damit einen klaren Gegenakzent zu den schrillen Tönen der kompromisslosen «Aussteiger» und jener Kreise aus den grünen und linken Ecken setzen, die sich gegenseitig mit Extremforderungen überbieten. Das Grundsatzpapier umfasst eine Begründung, enthält sieben Ziele und zwanzig Thesen sowie Folgerungen für Vorstösse auf parlamentarischer Ebene:

Warum ein Grundsatzpapier?

Das Energiebewusstsein in unserem Lande wurde durch drei Ereignisse geprägt:

- Der sogenannte Ölschock führte 1973 zur schmerzlichen Erkenntnis, dass Energie nicht unbegrenzt vorhanden ist und dass Energieknappheit über Preissteigerungen zu massiven wirtschaftlichen Turbulenzen führt.

- Das Waldsterben machte schlagartig klar, dass die Verbrennung fossiler Brennstoffe ohne Verbesserung der Produkte und Anlagen die Luft massiv belastet, was langfristig zu enormen und kaum regenerierbaren Umweltschäden führen kann.

- Das Unglück von Tschernobyl machte das grosse Gefahrenpotential bewusst, welches bei mangelhafter Qualifikation des Personals und ungenügender Technologie der Kernenergie innewohnt.

Tschernobyl hat die Frage aufgeworfen, ob die Schweiz eine neue Energiepolitik brauche. Eine nüchterne Analyse führt zum Ergebnis, dass die Erkenntnisse der Gesamtenergiekonzeption GEK grundsätzlich nach wie vor Gültigkeit haben. Allerdings müssen gewisse Akzente neu gesetzt und gewisse Massnahmen nachhaltiger als bisher getroffen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die schweizerischen Kernreaktoren den sowjetischen hinsichtlich Sicherheit weit überlegen sind. Dies gilt auch für die Qualifikation des Personals.

So muss man sich etwa fragen, ob der Begriff der Substitution noch sinnvoll ist. Einerseits ist die Substitution von Erdöl durch Strom seit Tschernobyl problematisch geworden. Andererseits sind die Umweltrisiken der fossilen Brennstoffe derart gross, dass eine Rücksubstitution von Strom zum Öl ebensowenig in Frage kommen kann. Wir ziehen deshalb den Begriff Diversifikation dem Begriff Substitution vor.

Es ist weiter davon auszugehen, dass Strom für die wirtschaftliche Entwicklung und den technologischen Fortschritt eine Schlüsselenergie ist, die nicht ersetzt oder beliebig gespart werden kann.

Eine Flut von parlamentarischen Vorstössen führt dazu, dass in nächster Zeit wichtige energiepolitische Entscheide gefällt werden.

Jeder einzelne Entscheid muss aber aus einer energiepolitischen Gesamtschau heraus beurteilt werden, damit eine logische und kohärente Energiepolitik entsteht. Die FDP-Fraktion definiert deshalb ihre energiepolitische Grundhaltung mit sieben energie-

Freisinnige Thesen zur Energiepolitik

3. 1. Energie und Sicherheit
Die Sicherheit von Wasserkraftanlagen, Kernenergieanlagen und anderen Einrichtungen zur Umwandlung, Verteilung und Verwendung von Energie muss höchsten Ansprüchen genügen. Sie muss ständig den jeweiligen neuen technisch-wissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst werden.

3. 2. Energie, Umwelt und Raumordnung

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist eines der grossen Anliegen unserer Zeit. Weil die Produktion und Verwendung von Energie die Umwelt belastet, kommt diesem Aspekt grösste Bedeutung zu. Energiepolitik ist immer auch Umweltpolitik. Zudem müssen Energieanlagen den Anforderungen der Raumplanung und des Natur- und Heimatschutzes genügen.

3. 3. Energie und Wirtschaft
Eine ausreichende und kostengünstig tragbare Energieversorgung ist der Grundpfeiler einer modernen und international konkurrenzfähigen Volkswirtschaft. Sie ist damit auch Grundlage unseres Wohlstandes. Energiepolitik ist immer auch Wirtschaftspolitik.

3. 4. Energie und Gesellschaft
Energiepolitik und Gesellschaftspolitik haben einen inneren Zusammenhang. Sie beeinflussen sich gegenseitig stark. Die Energiepolitik darf kein Vehikel zur versteckten Umwälzung der gesellschaftlichen Strukturen werden.

3. 5. Energie und freier Markt
Die Aufgabenteilung zwischen Staat und Wirtschaft soll auch in der Energiepolitik in erster Linie

marktwirtschaftlichen Prinzipien entsprechen. Es soll nur dort davon abgewichen werden, wo besonders wichtige Gründe es rechtfertigen und wo der Markt offensichtlich nicht zum Ziel führt. Insbesondere lehnen wir eine indirekte dirigistische Wirtschaftspolitik über eine dirigistische Energiepolitik ab.

3. 6. Energiepolitische Optionen offenhalten

Eine Energiepolitik, welche durch voreilige definitive Entscheide zukünftiges Handeln nach jeweils neuesten Erkenntnissen verunmöglicht oder eine ausreichende Energieversorgung gefährdet, ist abzulehnen. So wenden wir uns auch gegen Beschlüsse, welche im heutigen Zeitpunkt den Verzicht auf die Kernenergie festlegen wollen, da noch nicht beurteilt werden kann, ob dieser Verzicht ökologisch wirklich vorteilhaft, technisch machbar und volkswirtschaftlich tragbar ist.

3. 7. Sparsame und rationelle Energieverwendung; Energieartikel

Das Sparen und die rationelle Verwendung von Energie verringert die Umweltbelastung, leistet einen Beitrag zur langfristigen Energieversorgung und mindert unsere Auslandsabhängigkeit. Wo der Markt selber nur ungenügende Sparanreize schafft, soll der Staat durch angemessene Massnahmen eingreifen. Wir befürworten einen massvollen Energieartikel, der den Kantonen genügend Spielraum zur eigenständigen Energiesparpolitik belässt und alle Energiearten gleicher-

massen betrifft. Sondergesetze für bestimmte Energien wie etwa ein Elektrizitätswirtschaftsgesetz lehnen wir ab.

3. 8. Diversifikation der Energie

Es sind möglichst alle Energiequellen zu nutzen, um die Umweltverträglichkeit des gesamten Energiesystems zu steigern und um einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden. Das gilt auch für die sogenannten «Alternativenergien». Ihr Beitrag ist nützlich und soll möglichst gesteigert werden. Ihr Anteil wird allerdings erst langfristig ins Gewicht fallen. Zusammen mit den Sparmassnahmen bezweckt diese Diversifikation der Energie, den Verbrauch von Kernenergie und von fossilen Brennstoffen nur so gross wie nötig und so klein wie möglich zu halten. Der unterschiedlichen Umweltverträglichkeit dieser beiden Energiequellen ist Rechnung zu tragen.

3. 9. Versorgungsautonomie

Die Eigenerzeugung von Energie und die Lagerhaltung von importierten Energieträgern sollen unserem Land eine möglichst grosse Autonomie in der Energieversorgung garantieren. Entsprechende Massnahmen sind auch durchzusetzen. Dabei ist auch die Suche nach einheimischen fossilen Energien sinnvoll.

3. 10. Kernkraftwerke

Weil wir schon heute und voraussichtlich noch während Jahr-

politischen Zielen und 20 Thesen. Durch die Unterstützung sinnvoller hängiger und durch neue Vorstösse will sie energiepolitische Impulse auslösen.

Die Fraktion ist sich bewusst, dass eine differenzierte, verantwortungsbewusste und realisierbare Energiepolitik wenig spektakulär ist und Mühe hat, neben den schrillen Tönen etwa der kompromisslosen Aussteiger Gehör zu finden. So unattraktiv eine solche Politik auf den ersten Blick scheinen mag, so nötig ist sie, wenn die Gratwanderung zwischen Wohlstand und Umweltverträglichkeit gelingen soll. Bei allen Massnahmen ist zu prüfen, ob die anvisierten Ziele im gewünschten Zeitraum mit realistischen Mitteln überhaupt erreichbar sind. Eine Politik der grossen Würfe ohne realen Hintergrund, wie sie etwa in Schweden betrieben wird, ist unehrlich. So lehnen wir es ab, heute schon den Ausstieg aus der Kernenergie zu proklamieren, bevor weder dessen Realisierbarkeit oder sogar dessen Wünschbarkeit abschliessend beurteilt werden kann. Sollten eines Tages sichere und realistische Alternativen zur Verfügung stehen, hätten wir gegen eine Abschaltung der heutigen Reaktoren nichts einzuwenden.

Die 7 Ziele der freisinnigen Energiepolitik

2. 1. Die Energieversorgung muss zu jeder Zeit ausreichend sein.

2. 2. Die Energieversorgung muss unserer Wirtschaft die Erhaltung ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit ermöglichen und damit unsere Arbeitsplätze und unseren Wohlstand sichern helfen.

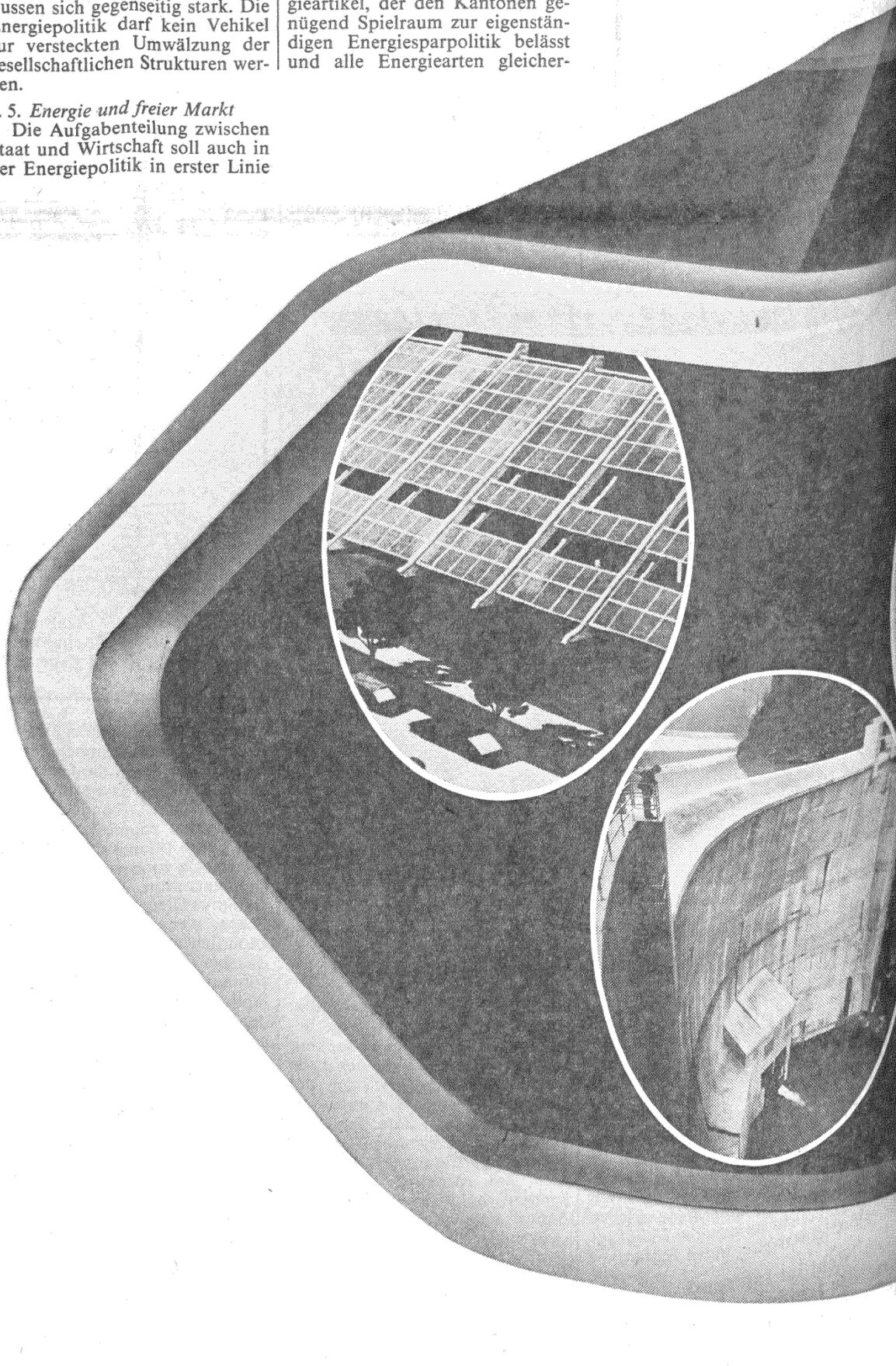
2. 3. Die Energieversorgung, -entsorgung und -nutzung muss umweltgerecht sein und ein Höchstmass an Sicherheit vor Gefährdungen aller Art aufweisen.

2. 4. Die Energie muss sparsam genutzt werden.

2. 5. Es sind alle ökologisch verantwortbaren und wirtschaftlich aussichtsreichen Energien zu nutzen.

2. 6. Die Eigenerzeugung von Energie und die Lagerhaltung von Energieträgern soll der Schweiz eine möglichst grosse Autonomie in der Energieversorgung gewährleisten.

2. 7. Die Energiepolitik muss flexibel bleiben, damit die Energieversorgung jederzeit den jeweils neuesten Erkenntnissen angepasst werden kann (Offenhalten der Optionen).



zehnten mit Kernkraftwerken werden leben müssen, muss deren Sicherheit ständig auf dem jeweils höchstmöglichen Stand gehalten werden. Die Forschung auf diesem Gebiet sowie die Entwicklung inhärent sicherer Reaktoren ist voranzutreiben. Da unser Land auch von ausländischen Kernkraftunfällen betroffen werden könnte, kann uns der Sicherheitsstandard ausländischer Reaktoren nicht gleichgültig sein. Der Bundesrat hat sich deshalb nachdrücklich für höchstmögliche und kontrollierbare internationale Sicherheitsnormen einzusetzen. Ein Export unserer Sicherheitsprobleme durch Import von Atomstrom ist abzulehnen.

3.11. Fernwärme aus Kernkraftwerken

Die Belastung der Umwelt durch die Abwärme von Kernkraftwerken könnte über Fernwärme erheblich vermindert werden. Dies würde den Wirkungsgrad der Kernbrennstoffnutzung erheblich steigern und überdies einen wesentlichen Beitrag zur Luftreinhaltung leisten. Solche Fernwärmesysteme sind unter Einhaltung marktwirtschaftlicher Grundsätze schrittweise zu realisieren.

3.12. Wasserkraft

Nachdem die Wasserkraft unsere leistungsfähigste regenerierbare Energiequelle ist, sollten deren Reserven durch Erneuerung veralteter Anlagen und durch die Erstellung neuer Anlagen erschlossen werden, wo dies unter ökologischen und landschaftlichen Gesichtspunkten vertretbar ist. Wir wenden uns gegen unverhältnismässige Restwasserauflagen, die in letzter Konsequenz das bisherige Ausmass der Wasserkraftnutzung sogar reduzieren würden.

3.13. Wärmekraftkopplung

Die bessere Nutzung des Energiegehaltes von Erdöl durch Wärmekraftkopplungen ist grundsätzlich sinnvoll und sollte nicht durch bewusst tiefe Stromrücknahmepreise behindert werden. Dies darf aber nicht zu neuen Belastungen der Luft durch Schadstoffe führen.

3.14. Verzicht auf eine allgemeine Energiesteuer und auf Lenkungsabgaben

Wir wenden uns gegen eine allgemeine Energiesteuer, da sie un-

sere Wirtschaft auf den internationalen Märkten benachteiligt und eine neue Taxe occulte schafft. Das gilt auch für Lenkungsabgaben – zumal wenn sie nicht aus dem Index herausgenommen werden –, die wirtschaftlich nicht verkraftbares Ausmass annehmen müssten, um einen merklichen Lenkungseffekt zu erzielen. Zudem hat die Wirtschaft wegen des Drucks des Marktes schon grosse Sparanstrengungen unternommen.

3.15. Einführung der Warenumsatzsteuer auf Energie

Wir befürworten die Unterstellung der Energie unter die Warenumsatzsteuer (Wust), da nicht einzusehen ist, warum ausgerechnet jenes Gut Wust-frei sein soll, das eines besonders sparsamen Umgangs bedarf. Die Befreiung der Produktionsenergie ist durch den Umstand gerechtfertigt, dass die Energiekosten in die Produktpreise einkalkuliert sind

aber auf Gebiete zu beschränken, welche einen nennenswerten Beitrag zu einer sinnvollen Energie diversifizierung und zu einer effizienteren und/oder umweltgerechteren Energieverwendung versprechen. Es ist nicht zu verkennen, dass die Ergebnisse der Forschung auf dem Gebiet der Alternativenenergien bisher eher enttäuschend waren. Der Bundesrat soll ein Schwerpunkteprogramm vorlegen, das in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und unter Abstimmung auf deren Anstrengungen erarbeitet werden soll. Wir erachten zusätzliche Forschungsaufwendungen von rund 100 Millionen Franken jährlich als angemessen.

3.17. Pilot-Anlagen

Es ist zu prüfen, ob die Industrie eingeladen werden soll, in Zusammenarbeit mit staatlichen

ren. Es ist zu prüfen, ob das EIR zu einem eigentlichen Energieforschungs- und Entwicklungszentrum ausgebaut werden könnte. Weiter ist zu prüfen, ob staatsunabhängige technische Transferzentren geschaffen werden sollen, bei denen der Staat lediglich als Initiator und Koordinator auftritt.

3.19. Fort- und Weiterbildung im Energiesektor

Wegen der rasanten technologischen Entwicklung veraltet technisches Wissen sehr rasch. Die permanente Weiterbildung wird ebenso wichtig wie die Erstausbildung. Deshalb muss sie auch die Bildungsinstitutionen

von Bund und Kantonen beschärfen. Gerade auch Architekten, Heizungs- und Lüftungstechniker verfügen oft nicht über den nötigen Wissensstand, um energiegerecht bauen zu können. Es sind von den staatlichen Bildungsinstitutionen zusammen mit den Verbänden vermehrte Anstrengungen zu unternehmen, um das energie-technische Wissen rascher und besser zu verbreiten.

3.20. Einheimisches Holz als Energiequelle

Die Nutzung von Holz als Energiequelle kann einen wertvollen Beitrag zur Entlastung unserer Energiebilanz leisten. Auch mit Blick auf die Verbesserung des Gesundheitszustandes unserer Wälder drängt sich deren verstärkte Bewirtschaftung auf. Deshalb unterstützen wir die Bemühungen für eine rationellere und zweckmässige Nutzung des Holzes als Energiequelle.

Vorstösse der freisinnig-demokratischen Fraktion

Um einige unserer energiepolitischen Vorstellungen in die parlamentarischen Debatten einbringen zu können, werden wir neben dem in der Sommersession eingereichten Postulat zu den Konsequenzen aus Tschernobyl weitere parlamentarische Vorstösse zu folgenden Sachfragen einreichen:

- Bildung eines «Interface» zwischen Staat und Wirtschaft zur Nutzbarmachung der wissenschaftlichen Erkenntnisse für kleine und mittlere Unternehmen.

- Prüfung der Erstellung eines photovoltaischen und/oder solarthermischen Kraftwerkes in den Alpen

- Fort- und Weiterbildungs-massnahmen auf dem Energiesektor

- Bericht des Bundesrates zu den Schwerpunkten der Energieforschung.

Fachstellen eine Pilot-Anlage zur Nutzung erneuerbarer Energien (z. B. Solarstrom) zu erstellen. Dieses Vorhaben sollte Möglichkeiten und Grenzen solcher Anlagen aufzeigen und der Schweizer Industrie den Einstieg in möglicherweise interessante internationale Zukunftsmärkte erleichtern.

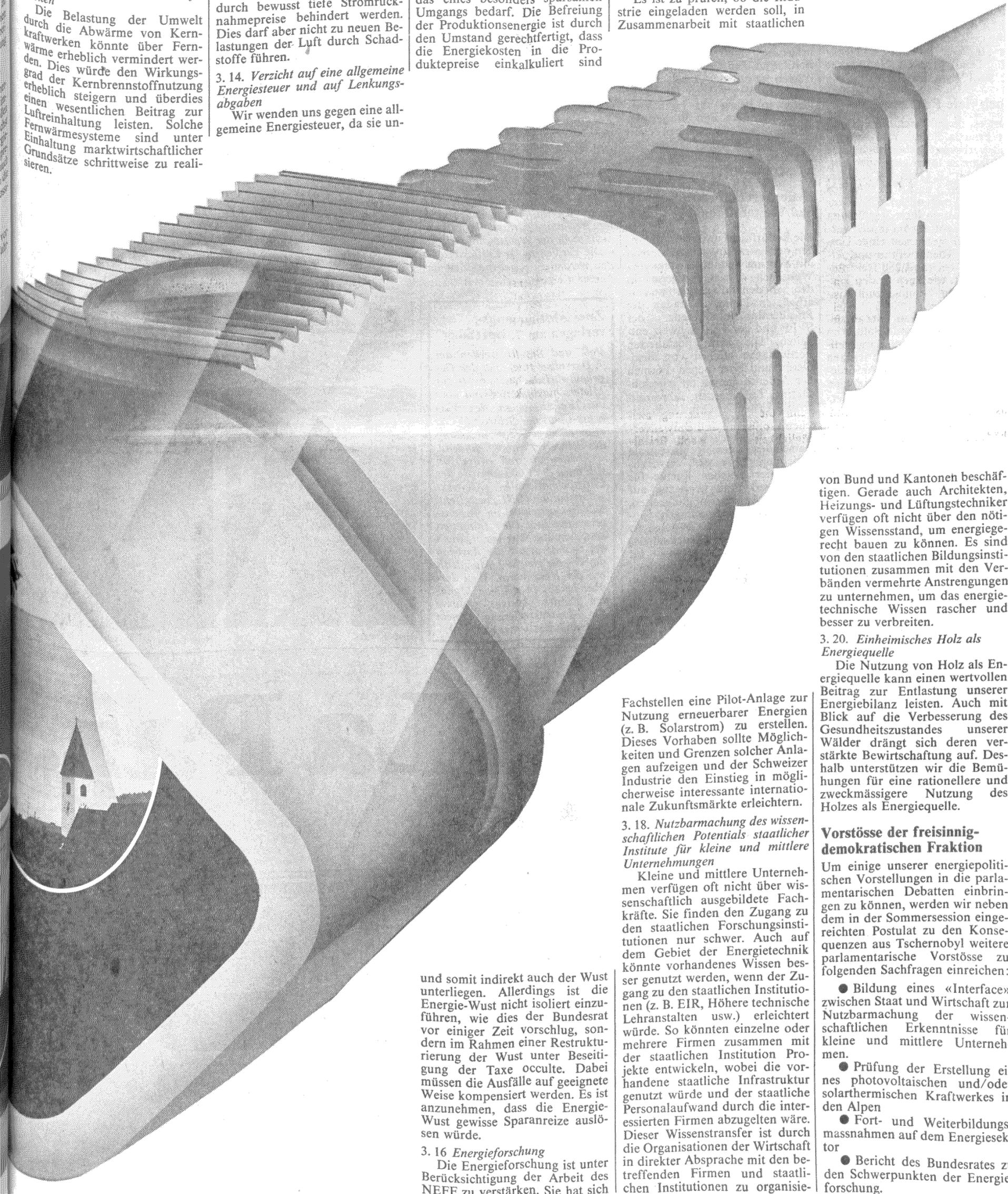
3.18. Nutzbarmachung des wissenschaftlichen Potentials staatlicher Institute für kleine und mittlere Unternehmungen

Kleine und mittlere Unternehmen verfügen oft nicht über wissenschaftlich ausgebildete Fachkräfte. Sie finden den Zugang zu den staatlichen Forschungsinstitutionen nur schwer. Auch auf dem Gebiet der Energietechnik könnte vorhandenes Wissen besser genutzt werden, wenn der Zugang zu den staatlichen Institutionen (z. B. EIR, Höhere technische Lehranstalten usw.) erleichtert würde. So könnten einzelne oder mehrere Firmen zusammen mit der staatlichen Institution Projekte entwickeln, wobei die vorhandene staatliche Infrastruktur genutzt würde und der staatliche Personalaufwand durch die interessierten Firmen abzugelten wäre. Dieser Wissenstransfer ist durch die Organisationen der Wirtschaft in direkter Absprache mit den betreffenden Firmen und staatlichen Institutionen zu organisieren.

und somit indirekt auch der Wust unterliegen. Allerdings ist die Energie-Wust nicht isoliert einzuführen, wie dies der Bundesrat vor einiger Zeit vorschlug, sondern im Rahmen einer Restrukturierung der Wust unter Beseitigung der Taxe occulte. Dabei müssen die Ausfälle auf geeignete Weise kompensiert werden. Es ist anzunehmen, dass die Energie-Wust gewisse Sparanreize auslösen würde.

3.16. Energieforschung

Die Energieforschung ist unter Berücksichtigung der Arbeit des NEFF zu verstärken. Sie hat sich



«Frau und Arbeitswelt: Wandel und Konstanten»

Ein Seminar der politischen Kommission der SVFF

An einem von der Kommission für politische Bildung der Schweizerischen Vereinigung freisinnig-demokratischer Frauen (SVFF) in Magglingen durchgeführten Seminar unter dem Titel «Frau und Arbeitswelt: Wandel und Konstanten» befassten sich rund 50 Frauen mit aktuellen Fragen der Arbeitswelt heute und morgen, von Aus- und Weiterbildung und Wiedereinstieg. Ein Bericht von Margrit Annen-Ruf:

Referenten waren PD Dr. Thuyen Ballmer-Cao, Universität Zürich, Gisèle Girgis-Musy, Vizedirektorin, und Dr. Christian Lutz, Direktor des Gottlieb-Duttweiler-Instituts, Rüschlikon, sowie Professor Dr. Peter Tschopp, Universität Genf, und Nationalrat Dr. Paul Wyss, Basel.

Noch viele Probleme

Dass es, obwohl sich die Stellung der Frau in Politik und Arbeitswelt verbessert habe, noch viele Probleme zu lösen gebe oder gibt, wie Anita E. Gerster-Calonder, Präsidentin, und Dr. Béatrice Bondy, Vorstandsmitglied der Kommission, in ihrer Begrüssung betonten, kam sowohl in den vorgestellten Ergebnissen einer Umfrage zum Thema «Frau und Arbeitswelt» bei rund 250 freisinnigen Frauen wie auch in den Diskussionen am Seminar zum Ausdruck.

Die von Christian Lutz in seinem Referat «Liberale Politik im Informationszeitalter» dargestellten Szenarien zeigten die Risiken und Chancen respektive Anforderungen der neuen Technologien an die Politik, aber auch die Gesellschaft auf.

Zwischen Beruf und Hausarbeit

Die Daten der Befragten – drei Viertel erwerbstätig, davon 70 Prozent verheiratet und 60 Prozent Mütter mit noch zu Hause lebenden Kindern, ein Drittel nicht erwerbstätig und den beruflichen Wiedereinstieg vorbereitend – ergaben bei den Konstanten eine Konzentration auf weibliche Berufe und eine Diskontinuität in den Arbeitsbiographien.

Bei den Motiven für die Berufssuche stehen Liebe und Inter-

esse für den Beruf und die Freude am Kontakt vor emanzipatorischen und ökonomischen Gründen im Vordergrund. Ein gemeinsames Problem der nicht alleinstehenden Frauen ist die Doppelbelastung Ehefrau/Mutter und Berufsfrau. Ein Grossteil der Befragten ist mit der Arbeit zufrieden. Kritisiert werden Ungleichheiten in bezug auf Lohn zwischen Männern und Frauen, zu geringe Aufstiegschancen und Weiterbildungsmöglichkeiten sowie eine unterschiedliche Anstellungspraxis.

Neue Arbeitsformen und Weiterbildung

Die Bedürfnisse und Anforderungen der Befragten sind zusammen mit den am Seminar geäusserten Wünschen beziehungsweise in dem von den Teilnehmerinnen erarbeiteten Papier zuhanden der Präsidentinnenkonferenz der SVFF und der FDP Schweiz enthalten. Die darin postulierten Forderungen reichen von flexibleren und/oder neuen Formen der Arbeitsorganisation wie Jobsharing, Teilzeitarbeit, Jahreszeitarbeit, Ausbau des Mutterschaftsschutzes, Einführung von Tagesschulen, Blockzeiten in den Primarschulen, geschlechtsneutrale Erziehung, über die Verwirklichung der gleichen Rechte für Mann und Frau in bezug auf Lohn, Aufstiegsmöglichkeiten, Arbeitsschutzbestimmungen, Sozialversicherung, Steuergesetz (Frau ist eigenes Steuersubjekt) bis zur Berufsberatung für Frauen, vermehrten Koordination von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Abschaffung der Altersgrenzen bei Stipendien sowie Lehrgängen im Baukastensystem.



Liberale Leute

Die Vorbote des eidgenössischen Wahlherbstes 1987 zeigen sich in mannigfachen Formen. So haben bereits einige Parlamentarier ihre Rücktritte angekündigt, darunter auch einige Freisinnige. Schon auf die Wintersession hin wird der Nachfolger von Ständerat Dr. Othmar Andermatt (Zug) in die kleine Kammer Einsitz nehmen, weil die Erneuerungswahlen für die Delegation im Ständerat nicht mit den Nationalratswahlen zusammenfallen, sondern auf den 9. November dieses Jahres festgelegt wurden. Drei weitere freisinnige Ständerherren haben ihre Rücktrittsabsicht verlauten lassen: Dr. Paul Bürgi (St. Gallen), Peter Knüsel (Luzern) sowie Prof. Dr. Hans Letsch (Aargau). Auch liegen bereits zwei Rücktrittsankündigungen freisinniger Volksvertreter vor: Von den Nationalräten Dr. Franz Eng (Solothurn) sowie Prof. Hans Künzi (Zürich), der sich auf sein Mandat als Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zürich konzentrieren will. Es ist zu erwarten, dass noch weitere freisinnige Parlamentarier sich nicht mehr der Wiederwahl stellen. – Die Verdienste der Zurücktretenden werden zu gegebener Zeit im «Freisinn» gewürdigt.

Zwei Abstimmungsvorlagen am 7. Dezember

Volk und Stände werden am 7. Dezember 1986 über den Gegenentwurf des Parlaments zur Mieterschutzinitiative und über das Volksbegehren des Verkehrs-Clubs der Schweiz (VCS) «für eine gerechte Belastung des Schwerverkehrs» befinden. Abstimmungsreif wäre an sich auch die Volksinitiative des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes (CNG) betreffend Kündigungsschutz im Arbeitsvertragsrecht: Die Initianten sind zum Rückzug bereit, wenn der Ständerat bei der Revision des OR die gleiche Lösung trifft wie der Nationalrat. Weil darüber bereits in wenigen Monaten Klarheit besteht, stimmte die Landesregierung einem Aufschub des Urnengangs zu.



Othmar Andermatt



Paul Bürgi



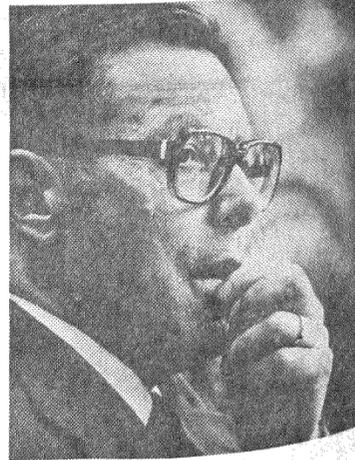
Peter Knüsel



Franz Eng



Hans Künzi



Hans Letsch

Création La Paz.

Es ist schon ein besonderes Vergnügen, kostbare Cigarren von vollendeter Form zu geniessen. Denn nichts geht über die Freuden von Auge und Gaumen.

Die «Geschmacks-Designer» von La Paz haben sich dieses uralten Gesetzes erinnert. Aus nur erstklassigen Tabaken haben sie eine ausgewogene Mélange komponiert, sie mit einem Umblatt von gleichmässiger Glimmfähigkeit und einem besonders makellosen Deckblatt zur Abrundung des aromatisch-milden Geschmacks umhüllt.

Und so die Extra Mild Panatellas mit künstlerischer Perfektion kreiert. Ohne Kunstgriffe. Und rein wie die Natur.

Die Cigarrenmacher von La Paz sind eben ihrer Zeit immer ein Stück voraus. Echte Connaisseurs wissen das.

Seit 1813.



Extra Mild Panatellas von La Paz in 10er-Blechk Dosen zu Fr. 9.– Nur im guten Fachhandel.



Cigarros Autenticos.

Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel

Umstrittene schweizerische
Aussenpolitik**Im Gerede**

Die schweizerische Aussenpolitik ist in den letzten Monaten ins Gerede gekommen. Nicht nur wegen des klaren Neins von Volk und Ständen zu einem schweizerischen Uno-Beitritt; das Malaise dauert schon geraume Zeit an. «Der Freisinn» hat deshalb fünf freisinnigen Parlamentariern vier Fragen gestellt:

Die Lage in Nicaragua ist nicht ohne Auswirkungen auf die schweizerische Entwicklungshilfe in diesem Lande geblieben. Wie sehen Sie das weitere schweizerische Engagement in Nicaragua?

Die Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa hat die Grenzen der Mittlerdienste der Schweiz zwischen den Blöcken aufgezeigt. Wie beurteilen Sie diese Situation?

Der eidgenössische Aussenminister entfaltet in jüngster Zeit eine rege Reisediplomatie. Werten Sie dies positiv? Halten Sie die gewählten Staaten für richtig?

Wo sehen Sie – gerade auch nach dem Uno-Nein – die Schwergewichte der schweizerischen Aussenpolitik?



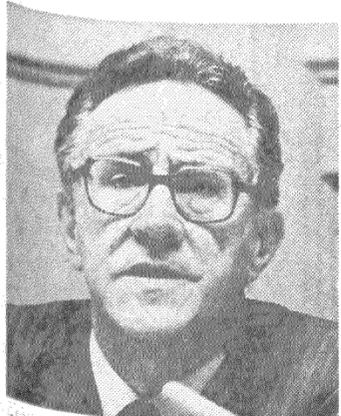
Ständerat Max Affolter, Olten

Öffentliche Entwicklungshilfe im Feld der Gewalt und im Widerstreit der Ideologien wird immer und überall fragwürdig bleiben. Sie ist es auch in Nicaragua und führt darüber hinaus zu unerwünschten innenpolitischen Reflexwirkungen hierzulande, die dem Entwicklungshilfegedanken alles andere als zuträglich sind. Der geringste weitere Vorfall in Nicaragua wird den Bundesrat zum völligen Rückzug aus mit öffentlichen Geldern finanzierten Entwicklungshilfeprojekten veranlassen müssen.

Nur naive Gemüter glauben daran, dass die heutigen Machtblöcke auf die Erbringung von Mittlerdiensten seitens der Schweiz warten. Oder dass durch unsere Einschaltung das sich noch im Gang befindende Wettrennen der Grossmächte wesentlich beeinflusst werden könnte. Bereitschaft zu signalisieren für alle Beiträge aus neutralem Lager für bessere Vertrauensbildung, da zu sein, wenn unsere Dienste in irgendeiner Form, auch für Abrüstungsbemühungen, gesucht werden – diese Scharnierfunktion kann und soll die Schweiz auch in solchen Konferenzen weiterhin wahrnehmen.

Gegen Kontaktnahmen des Aussenministers mit ausländischen Kollegen und Regierungen ist nichts einzuwenden, sofern klare Zielvorhaben bestehen und die Besuche sorgfältig vorbereitet werden. Dabei ist diejenige Zurückhaltung und Ausgewogenheit in der Auswahl zu beachten, die auch Kennzeichen unserer Aussenpolitik sind. Einzelne Aubert-Reisen erfüllten diese Voraussetzungen nicht (z. B. im Nahost) und endeten denn auch prompt in einem Fiasko.

Die Aussprachen in den aussenpolitischen Kommissionen des Parlaments nach dem 16. März haben ergeben, dass sich keinerlei Neuorientierung der schweizerischen Aussenpolitik aufdrängt. Sie ist weiterhin auszurichten auf die bewährten Maximen, vor allem auch Fortführung einer konsequenten Neutralitätspolitik. Sie hat aber auch der Tatsache Rechnung zu tragen, dass unser Land kein isoliertes Dasein führen kann, sondern – vor allem auch wirtschaftlich – eingebettet ist in die uns nähergerückte Staatenwelt.



Nationalrat Dr. Felix Auer, Bottmingen

Solange die Projekte notleidenden Menschen zugute kommen, wie das Gesetz es verlangt, sind sie fortzusetzen, unabhängig von Sympathien oder Antipathien zum herrschenden Regime; sie sind allerdings aufzugeben, wenn ihre Zielsetzungen durch kriegerische Ereignisse in Frage gestellt und/oder die Entwicklungshelfer in ihrem Leben bedroht werden.

In gleicher Weise wie andere müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass der Erfolg oder Misserfolg solcher Konferenzen in erster Linie – oder fast ausschliesslich – durch die beiden Supermächte bestimmt wird. Diese verhandeln nicht offen, sondern hinter den Kulissen. Offen ist allenfalls das gegenseitige publizistische Sperrfeuer. Dies braucht uns aber nicht daran zu hindern, der Sache dienende Vorschläge zu unterbreiten, aber auch nicht daran, unser Missfallen zu äussern.

Sofern sich solche Reisen nicht allzu häufig folgen, die Vorbereitung gründlich erfolgt, die Besuchsorte «ausgewogen» gewählt werden und unser Aussenminister etwas mehr Talent im Umgang mit Fettnäpfchen entwickelt, sind sie zu begrüssen. Sie bedürfen allerdings einer überzeugenden öffentlichen Erklärung, soll das Misstrauen des Volkes in die Reisediplomatie abgebaut werden.

Dem offensichtlichen Widerspruch zwischen der grossen Auslandabhängigkeit unseres Landes (Rohstoffe, Energien, Aussenhandel usw.) und der weitverbreiteten Scheu vor Aussenpolitik ist durch vermehrte Aufklärung über die engen Zusammenhänge entgegenzusteuern, auch wenn es unpopulär ist. Da fast alles, was wir unternehmen, auch einen aussenwirtschaftlichen und -politischen Aspekt hat, ist die Aussenpolitik der Departemente besser zu koordinieren.



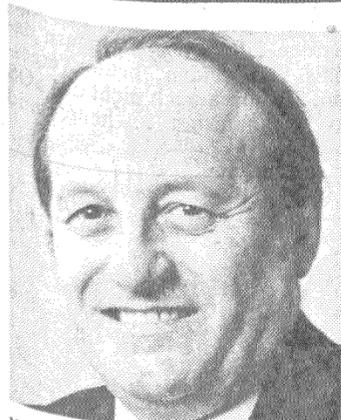
Nationalrat Jean-Pierre Bonny, Bremgarten BE

Die heutige Situation der schweizerischen Entwicklungshilfe in Nicaragua ist unbefriedigend. Vielen Polit-Brigadisten und Entwicklungsabenteurern geht es in erster Linie um politische Parteinahme und nicht um Entwicklungshilfe. Die bundesrätliche Lösung, zwischen gefährdeten und ungefährdeten Regionen zu unterscheiden, ist auf die Dauer unrealistisch und neutralitätspolitisch fragwürdig. Eine Neuüberprüfung unseres Engagements in Nicaragua dürfte unumgänglich werden. Unsere Hilfe muss in Ländern erfolgen, wo ein maximales Resultat der eingesetzten Mittel erreicht werden kann.

Die Stockholmer Konferenz hat in der Tat Grenzen aufgezeigt. Ich bin für Vermittlerdienste der Schweiz. Wir müssen aber aufpassen, dass wir uns bei politisch oder technisch riskanten Überwachungsaufgaben nicht übernehmen. Positiv empfand ich die konsequente Haltung, welche unsere Delegation beim Anbringen von Vorbehalten zugunsten unserer Mobilmachungübungen zeigte.

Ich habe nichts gegen eine aktive Aussenpolitik. Ohne gewisse Reisen geht es nicht. Ich bin aber nicht überzeugt, ob alle Reisen unbedingt nötig sind. Diese Bemerkung gilt allerdings für alle Mitglieder des Bundesrates und auch für Parlamentarier. Das Rendement solcher Reisen hängt auch stark von der Persönlichkeit der Reisenden ab.

In einer klaren und konsequenten Neutralitätspolitik und in der Anbiederung von Guten Diensten dort, wo wir gerufen werden. Wir müssen auch vermehrt den Mut haben, uns international zu unserer Eigenständigkeit zu bekennen. In dieser Beziehung hat das Uno-Nein der Schweiz nicht geschadet, sondern unsere Stellung weltweit markiert. Unser Status als Neutraler ist vielen Staaten wieder in Erinnerung gerufen worden.



Nationalrat Ernst Cincera, Zürich

Nicaragua wird propagandistisch zum Vietnam von morgen. Dieser Konflikt gehört in den Bereich der revolutionären Kriegsführung und dient dem Ziel, einen kommunistischen Keil als Vorposten zwischen Nord- und Südamerika zu treiben. Es wird darum immer schwieriger, dort Entwicklungshilfe mit rein humanitärem Charakter zu betreiben, ohne die Gefahr eines politischen und ideologischen Missbrauchs. Staatliche Entwicklungshilfe ist deshalb zunehmend mit Vorsicht zu betreiben. Private untersteht logischerweise keinen Bedingungen.

Je mehr die beiden Weltmächte USA und UdSSR zum direkten Gespräch finden, um so weniger sind Mittlerdienste der Schweiz gefragt. Zudem: Seit die Schweiz sich aktiver in der Gruppe der sogenannten N+N-Staaten (Nichtgebundene + Neutrale) engagiert, zählt man sie zu diesem dritten Block, und sie verliert dadurch an Attraktivität oder gar Exklusivität für solche besonderen Mittlerdienste. Sie sollte ihre exklusive Rolle wieder besser spielen.

Bundesrat Aubert ist ein zu höflicher, zurückhaltender und diplomatischer Gast, als dass seine Reisediplomatie durch aussenpolitische Kreativität oder «high lights» entsprechende Früchte tragen könnte. Die Wahl der Staaten scheint mir zufällig zu sein und keinem aussenpolitischen Konzept zu entsprechen. Zurzeit sollte er primär Staaten besuchen, in welchen Einfluss auf die Flüchtlings- und Asylproblematik genommen werden kann.

Das Nein zur Uno blieb in der Welt ohne jedes Echo. Unsere Aussenpolitik muss also nicht deswegen, sondern aus allgemeinen staatspolitischen Gründen schwergewichtiger dazu beitragen, dass unsere humanitären Möglichkeiten besser zum Tragen kommen und dass alle Rahmenbedingungen notwendiger Beziehungen zur Welt verbessert werden. Das betrifft Wirtschaft und Handel so gut wie das Flüchtlingsproblem; Kultur und Bildung ebenso wie Verkehr und Kommunikation und vieles mehr.



Nationalrat Ernst Mühlemann, Ermatingen TG

Die schweizerische Entwicklungshilfe zeichnet sich durch hohe Qualität aus und kommt dort am besten zur Entfaltung, wo friedliche Zustände herrschen. Ein Einsatz in Ländern mit bürgerkriegsähnlichen Zuständen ist kontraproduktiv und sollte unterbleiben. In diesem Sinn hat heute die Entwicklungshilfe in Nicaragua provisorischen Charakter. Solange sich staatliche und private Helfer nicht in den Unruhegebieten des Nordens aufhalten, kann ihre Tätigkeit fortgesetzt werden. Sobald der Aufgabenbereich durch kriegsähnliche Handlungen berührt wird, ist die Entwicklungshilfe einzustellen und durch humanitäre Aktionen zu ersetzen.

Es war sinnvoll, dass die Schweiz an der Stockholmer Konferenz teilnahm. Doch sollten sich die Vertreter unseres Landes immer bewusst sein, dass sie aus einem neutralen Staat stammen und deshalb in den Mittlerdiensten zwischen den grossen Machtblöcken begrenzte Aktionsmöglichkeiten haben. Hingegen können sie sich mit Nachdruck für die eigenen Interessen einsetzen, damit die Unabhängigkeit eines Kleinstaates ungeschmälert erhalten bleibt. Die Ablehnung des Inspektionsrechtes für Mobilmachungübungen unserer Armee war ein gutes Beispiel für richtig verstandene Aussenpolitik.

Wer im direkten Gespräch mit Bundesrat Aubert in der aussenpolitischen Kommission über die Reisetätigkeit unseres Aussenministers informiert wurde, erhielt einen positiven Eindruck über die Ergebnisse der Besuche im Ausland. Einzelne Ungeschicklichkeiten sind vor allem auf Unerfahrenheit und Gutgläubigkeit zurückzuführen. Es fehlt aber eindeutig eine Koordination der Auslandsreisetätigkeit durch das Departement für auswärtige Angelegenheiten. So ist es schwer verständlich, dass innerhalb von nicht einmal zwei Monaten der Aussenminister, die Spitzen des Parlamentes und hohe Chefbeamte nach Moskau wallfahrten und damit eine völlig einseitige Besuchsdiplomatie entfalten.

Nach dem Uno-Verdict sind folgende Schwerpunkte für unsere Aussenpolitik zu erkennen: Strikte Respektierung unserer neutralitätspolitischen Grundhaltung; kluger Einsatz in der Sicherheitspolitik als neutrale Schutzmacht; qualitative Verbesserung der Entwicklungs- und Katastrophenhilfe; gezieltere Ausbildung unserer Vertreter im Ausland; wirksamere Selbstdarstellung unseres Landes im verbesserten Stützpunktsystem der Auslandschweizerschulen; hartnäckiger Kampf um Entpolitisierung von Spezialorganisationen der Uno; vermehrte internationale Zusammenarbeit im Rahmen von Technologietransfer, Umweltschutz, Terrorismus und Asylpolitik; Verbesserung im Management unserer Aussenpolitik durch klare Koordination im Bundesrat.

Ungarn, 4. November 1956, 13 Uhr 34:

«SOS, SOS – möge Gott mit euch sein»

«Völker Europas, hört die ungarischen Glocken läuten. Sie warnen Euch vor der Katastrophe. Völker, Menschen Europas... zivilisierte Menschheit der Welt, hört uns. Wir flehen euch an, eilt uns zu Hilfe im Namen der Gerechtigkeit, des Friedens und der Freiheit... Die Schatten werden länger, dunkler, schwärzer über Ungarn... SOS, SOS – möge Gott mit euch sein.»

Das war die letzte Durchsage, der letzte verzweifelte Aufschrei am 4. November 1956, 13 Uhr 34, einer unbekannteren freien Radiostation gewesen. Danach verstummte sie, um sich nie mehr wieder zu melden. Der ungarische Volksaufstand war von sowjetischen Panzern niedergewalzt, von Divisionen des Geheimdienstes KGB blutig erstickt worden. Ein Bericht von Auslandredaktor Jacques Baumgartner:

Niemand eilte dem ungarischen Volk zu Hilfe. Die freie Welt war mit dem französisch-britisch-israelischen Suez-Feldzug gegen den ägyptischen Revolutionsführer, Gamal Abd en-Nasser, beschäftigt. Der Westen hatte die letzte Gelegenheit verpasst, den Eisernen Vorhang auf- und niederzureissen...

Bürger ohne besondere Befürchtungen

Widerwillig zwar, aber Ungarn stand im Zweiten Weltkrieg auf der Seite von Nazi-Deutschland. Mit einer Armee von 150 000 Mann beteiligte es sich am Ostfeldzug der Deutschen. Nach schweren Niederlagen seiner Truppen streckte Ungarn 1943 Friedensfühler aus. Aber bevor es aus dem Pakt mit den Nazis aussteigen konnte, wurde es im März 1944 von den Deutschen besetzt. Im September desselben Jahres marschierte die Rote Armee in Ungarn ein. Zu Weihnachten 1944 begann die Belagerung von Budapest. Am 13. Februar kapituliert Budapest. Die siegreiche Rote Armee stürzte sich auf die Stadt und nahm an deren Einwohnern Rache für das, was Hitler-Deutschland angerichtet hatte. Erst nach Monaten des Raubens, Mordens und Plünderns gebot das sowjetische Oberkommando seinen Soldaten Einhalt.

Am 6. November 1945 fanden die ersten Nachkriegswahlen statt. Sie endeten mit einem klaren Sieg der Partei der Kleinbauern und mit einer Niederlage der Kommunisten. Zoltan Tildy bildete die neue Regierung, in der sich alle wichtigen Ressorts in den Händen der nichtkommunistischen Parteien befanden. Es waren wirklich freie Wahlen. Die Sowjets mischten sich nicht ein. Einem Häuflein von 70 kommunistischen stand eine Mehrheit von 340 nichtkommunistischen Abgeordneten gegenüber. Die Kommunisten waren in der Regierung mit vier Ministern vertreten. Die Tatsache, dass sie sich des Innenministeriums bemächtigt hatten, erregte angesichts der bürgerlichen Mehrheit innerhalb des Kabinetts keine besonderen Befürchtungen...

«Land der drei Zwerge»

Historiker erinnern sich, dass das Seltsamste an dieser ersten parlamentarischen Regierung Ungarns nach dem Kriege die drei Männer waren, die in ihr die leitenden Posten innehatten: Zoltan Tildy, der Führer der Partei der Kleinbauern, als Ministerpräsident, Matias Rakosi, der Chef der Kommunistischen Partei, als sein erster und Arpad Szakasits, der Leiter der Sozialdemokratischen Partei, als sein zweiter Stellvertreter. Um dieser drei Männer willen wurde damals von Ungarn als dem «Land der drei Zwerge» ge-

sprochen. Der Zufall wollte es, dass alle drei von ungewöhnlich kleiner Statur waren. – Ein Riese an Macht und Gewalttätigkeit hingegen war Rakosi. Er wurde binnen kurzem mit den beiden anderen Zwergen fertig...

Rakosi hatte den Kommunismus in der russischen Gefangenschaft kennengelernt, in die er bald nach Beginn des Ersten Weltkrieges als Korporal der k. u. k. österreichisch-ungarischen



Armee geraten war. In der kurzen und blutigen ungarischen Räterepublik (Bela Kun) 1919 war er Volkskommissar. Als die «Sowjets» nach 133 Tagen und 155 vollstreckten Todesurteilen zusammenbrachen, flüchtete Rakosi über Wien und Berlin nach Moskau. Er kehrte Jahre später heimlich nach Ungarn zurück und wurde verhaftet. Für die zahllosen Verbrechen, die er als Volkskommissar begangen hatte, wurde er zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt, aber 1940, in der Zeit der Zusammenarbeit zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjetunion (Hitler-Stalin-Pakt), ausgetauscht.

Salamitaktik beginnt

Im März 1946 begann Rakosi die Salamitaktik anzuwenden. Seine Kommunisten forderten den Ausschluss der «reaktionären» Abgeordneten der Partei der Kleinbauern. 20 Ausgeschlossene bildeten hierauf die oppositionelle Freiheitspartei. Im Juli forderte der Vorsitzende der Alliierten Kontrollkommission (ein sowjetischer General) von der ungarischen Regierung ein schärferes Vorgehen gegen die «Reaktion», vor allem in Kreisen der Kleinbauern. Im Februar 1947 verhafteten die Sowjets den Generalsekretär der Kleinbauernpartei, Béla Kovacs. Im März verlangten die Kommunisten die «Säuberung» der Kleinbauern von «allen reaktionären Elementen». Zoltan Tildy, die Partei fügten sich den Forderungen der Kommunisten. Bis Dezember 1947 waren alle bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der sozialdemokratischen) aufgelöst und ihre führenden Mitglieder verhaftet worden. Im Februar 1948 schloss Ungarn einen Freundschafts- und Beistandspakt mit der Sowjetunion. Im Februar 1949 gingen sämtliche gleichgeschalteten politischen Parteien in der «Volksfront der Unabhängigkeit» auf. Sie stand unter der Führung von KP-Chef Matias Rakosi.

Stalins treuester Statthalter

Die Sowjetisierung von Ungarn wurde mit der Verfassung vom August 1949 endgültig besiegelt: Die Planwirtschaft und die Kollektivierung führten zu einer schweren Wirtschaftskrise. Die Konsumgüterindustrie wurde zugunsten der Schwerindustrie zurückgestellt. Rakosi erwies sich als Stalins treuester Statthalter.

Im August 1952 erklärte sich Rakosi auch zum Regierungschef. Aber nach dem Tode von Stalin (5. März 1953) wurde er aus Moskau angewiesen, die Ämter des Partei- und des Regierungschefs zu trennen. Rakosi wurde in den Kreml zitiert und musste sich von der neuen sowjetischen Kollektivierung sagen lassen, dass sein Plan «ungesund» und «abenteuerlich» sei, aus dem landwirtschaftlichen Ungarn ein (industrialisiertes) «Land aus Eisen und Stahl» zu machen. Am 3. Juli 1953 endete die Doppelherrschaft von Rakosi. Er musste sich wieder mit dem Amt des KP-Chefs bescheiden. Ministerpräsident wurde der Anti-Stalinist Imre



Nagy. Nagy vertrat einen «Neuen Kurs der Liberalisierung». So sollten Bauern nicht in Kolchosen gezwungen werden, die Ungarn mehr Konsumgüter erhalten, die Terrorpolizei verschwinden.

Der «Neue Kurs» erweckte bei den Ungarn den Eindruck einer wesentlichen Änderung des Systems. Aber schon der blosse Eindruck war zuviel für die Orthodoxen: Nagy wurde im April 1955 wieder abgesetzt. Für die Sowjets wurde Rakosi nach der «geheimen» Rede von Nikita Chruschtschew auf dem XX. KPdSU-Kongress untragbar. Chruschtschew hatte den (toten) Massenmörder Stalin angeklagt. Rakosi wurde am 28. Juli 1956 gestürzt. Sein Nachfolger wurde Ernő Gerő; unter Rakosi dessen Henkersmann.

Immer lauter forderten die zehn Millionen Ungarn echte Reformen. Der Aufstand polnischer Arbeiter in Posen gab der Gärung in Ungarn weiteren Auftrieb. Gerő versuchte, zu beruhigen. Er glaubte, seine Stellung festigen zu können, wenn er die aufsteigende Volkswut ab- und auf die verhasste Staatspolizei (AVO) lenkte.

Programm der Revolution

Zum staatlich gelenkten Spektakel gegen die AVO hätte das Staatsbegräbnis des rehabilitierten Kommunistenführers Laslo Rajk werden sollen. (Rajk war 1949 als angebliches Haupt einer «imperialistisch-titoistischen» Verschwörung zum Tode verurteilt und gehängt worden.) Aber das «arrangierte» Staatsbegräbnis am 6. Oktober 1956 ufernte in eine spontane Strassendemonstration gegen das kommunistische Regime aus.

Der eigentliche Aufstand begann am 23. Oktober 1956. Die Studenten in Budapest hatten zu einer Solidaritätskundgebung für die polnische Nation aufgerufen. Zuvor hatten die Studenten ihre Forderungen an die Behörden in vierzehn Punkten zusammenge-

fasst. Die wichtigsten Forderungen, die auf die Ereignisse einen entscheidenden Einfluss ausübten, waren folgende: Die sowjetischen Militäreinheiten sollen Ungarn verlassen; an der Spitze der Regierung wieder Imre Nagy stehen; die Hauptverantwortlichen für den grausamen Terror und die langjährigen Verfolgungen sollen sich für ihre Taten vor Gericht verantworten; allgemeine, gleiche, freie und geheime Wahlen; Mehrparteiensystem, neue ungarische Nationalversammlung; gesetzliche Verankerung des Streikrechts; Revision der ungarisch-sowjetischen Verträge auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Nichteinmischung; Reorganisation der gesamten ungarischen Wirtschaft im Interesse des ungarischen Volkes; Veröffentlichung der geheimen Handelsverträge mit der Sowjetunion; ausführliche und wahrheitsgetreue Information über die ungarischen Uranvorkommen und die diesbezüglichen Abmachungen zugunsten der Sowjetunion; Gewissens- und Religionsfreiheit, Pressefreiheit, Zugang zu ausländischen Radiosendungen; Abbruch des Stalin-Denkmales, des Symbols der politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung...



Dieses Programm wurde vielfältig. Am 23. Oktober übergaben es die Studenten den Arbeitern in den Fabriken. Zuerst marschierten 20 000 Studenten, Gymnasiasten zum Petöfi-Denkmal (Nationaldichter) in Budapest. Danach ging der Marsch zum Bem-Denkmal (General des Freiheitskampfes 1848/49). Die Menge war bald auf über 200 000 Menschen angeschwollen. Das Kolossalstandbild von Stalin wurde vom Sockel gerissen. Ein Teil der Demonstranten zog vor das Radiogebäude. Die AVO-Leute eröffneten das Feuer auf die Wehrlosen... Arbeiter brachten Waffen von einer Waffenfabrik. Studenten holten Waffen und Munition aus den Waffenla-

gen der Lehrstühle für Wehrkundeunterricht an den Universitäten...

Am 23. Oktober, gegen 22 Uhr 30, fuhren Panzer, Panzerwagen und Lastwagen mit ungarischen Soldaten auf. Die Menge versperrte ihnen den Weg... Die Soldaten verweigerten den Schiessbefehl. Sie warfen ihre Waffen weg oder schlossen sich der Jugend und den Arbeitern an. Die Strassenkämpfe weiteten sich aus. Sowjetische Truppen griffen ein.

Die Demonstration wurde zum Aufstand. Kommunistische Institutionen wurden gestürmt. Die KP (900 000 Mitglieder) zerfiel in wenigen Stunden. Der Aufstand erfasste alle Teile der Bevölkerung und breitete sich in ganz Ungarn aus. Am 24. Oktober wurde Imre Nagy Ministerpräsident, am 25. Janos Kadar Erster Sekretär (der KP). Am 28. Oktober zogen sich die sowjetischen Truppen aus Budapest zurück: Ungarn glaubte an eine neue Ära der Unabhängigkeit. Das Einparteiensystem wurde abgeschafft. Auf die Entsendung neuer sowjetischer Trup-



pen antwortete Ungarn mit dem Austritt aus dem Warschauer Pakt. Am 4. November umzingelten sowjetische KGB-Truppen alle wichtigen Zentren des Freiheitskampfes. Unter Kadar, der angeblich die Bruderhilfe angefordert hatte, bildete sich eine neue Regierung. Der Aufstand wurde niedergeschlagen. Es folgten wieder Jahre des Terrors, der Hinrichtungen (500), der Deportationen nach Sibirien (40 000). Erst als der Widerstandswille der Bevölkerung vollends gebrochen war, durften die ersten politischen Gefangenen heimkehren, lockerte Kadar das totalitäre Regime etwas... Die Völker Europas haben die warnenden Glocken aus Ungarn damals vernommen, heute vergessen. Sie hören auch nicht das SOS aus Afghanistan... heute und morgen?

DOB



DIE FINE ART OF BANKING
ZU BEHERRSCHEN, BRAUCHT MEHR
ALS NUR EINE GUTE NASE.

Nämlich auch viel Wissen. Deshalb zahlt es sich aus, dass wir so viel in die Weiterbildung unserer Mitarbeiter investieren. Auch für unsere Kunden. Und weil wir für unsere Mitarbeiter die beste Adresse sind, sind wir es auch für unsere Kunden.

JB&B
BANK JULIUS BAR
THE FINE ART OF BANKING
Zürich London New York